Nachhaltigkeit schafft Zukunft.

Baden-Württembergischer Sparkassentag
6. Mai 2009 in Stuttgart

Sparkassenverband
Baden-Württemberg

Die 54 Sparkassen in Baden-Württemberg

*Auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart erfüllt die LBBW (BW-Bank) auch die Aufgaben einer Sparkasse.

Inhalt

Nachhaltigkeit schafft Zukunft **7**
Peter Schneider MdL,
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

Nachhaltigkeit:
Leitbild für Politik und Gesellschaft **15**
Günther H. Oettinger MdL,
Ministerpräsident des Landes
Baden-Württemberg

Die Finanz- und Wirtschaftskrise:
Grund für die Verschiebung einer
wirksamen Klimapolitik? **27**
Prof. Dr. Klaus Töpfer,
Bundesumweltminister a.D.,
langjähriger Direktor des
UN-Umweltschutzprogramms UNEP

Grußwort **37**
Dr. Meglena Plugtschieva,
stellv. Ministerpräsidentin
der Republik Bulgarien

Ein Neustart der Weltwirtschaft
ohne Finanzkapitalismus **41**
Prof. em. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ,
Wirtschaftsethiker

Deutsche Wirtschaft im Sog
der Finanzkrise **53**
Prof. Dr. Peter Bofinger,
Wirtschaftswissenschaftler

Schlusswort **69**
Bernd Doll, Oberbürgermeister,
Vorsitzender der Verbandsversammlung
des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

Sparkassen-Auto-Kredit
Willkommen!

LBBW
Landesbank Baden-Württemberg
LBS
Versicherung
Sparkasse
Deka
Prof. Bofinger

Schiller-Saal

Kultur- & Kongresszentrum Liederhalle
Finanzgruppe
Baden-Württembergischer
Sparkassentag 2009
Herzlich willkommen

Nachhaltigkeit schafft Zukunft

Meine sehr verehrten Damen und
Herren Abgeordnete,
sehr verehrte Herren Minister,
Frau Ministerin,
sehr geehrter Herr Professor Töpfer,
sehr geehrter Herr Professor Hengsbach,
sehr geehrter Herr Professor Bofinger,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

zum Sparkassentag 2009 der Sparkassen-Finanzgruppe Baden-Württemberg darf ich Sie alle im Namen unserer 54 Sparkassen und unserer Verbundunternehmen, der Landesbank Baden-Württemberg, der Landesbausparkasse und der SV SparkassenVersicherung ganz herzlich willkommen heißen. Mit weit über 1.300 Gästen freuen wir uns heute über so viel Zuspruch wie noch nie.

Mein erster Gruß heute geht an unsere Kunden, die aus allen Teilen unseres Landes in Begleitung ihrer Sparkassenvorstände den Weg in die Landeshauptstadt gefunden haben. Ich begrüße an der Spitze unseren Bundesobmann, Herrn Jürgen Hilse, und unseren Landesobmann, Herrn Helmut Schleweis, sowie alle Verwaltungsratvorsitzenden und Verwaltungsräte. Ich möchte gleich zu Beginn unseren Kunden danken für das große Vertrauen, das sie in Zeiten der Finanzkrise uns schenken. Das ist alles andere als selbstverständlich. Wir wissen, dass ihr Vertrauen die Grundlage für den langfristigen Geschäftserfolg unserer Sparkassen ist. Wir wissen das sehr zu schätzen und wir werden sehr sorgsam damit umgehen.

Peter Schneider MdL

1958	geboren in Riedlingen Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Freiburg, 1. und 2. juristisches Staatsexamen
1986–1988	Dezernent im Landratsamt Sigmaringen
1989–1991	Persönlicher Referent von Innenminister Dietmar Schlee
1992–2006	Landrat des Landkreises Biberach
seit 2001	Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
seit Mai 2006	Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg

Wir freuen uns über die Anwesenheit der obersten politischen Repräsentanten des Landes. Ganz besonders freuen wir uns über das Kommen unseres Ministerpräsidenten. Er ist – und das freut uns alle – ein stetiger und verlässlicher Gast bei Veranstaltungen der Sparkassen. Er kommt heute direkt aus Ulm vom Donaugipfel, wo die Ministerpräsidenten der Donau-Anrainerstaaten

eingeladen sind. Von dort erwarten wir auch noch einen Überraschungsgast mit: Frau Dr. Meglena Plugtschieva, Vizepremierministerin von Bulgarien und ehemalige Botschafterin ihres Landes in Deutschland. Wir freuen uns, dass sie ein kurzes Grußwort an uns richten wird. Aus dem Kabinett geben uns die Ehre Herr Finanzminister Willi Stächele, Herr Innenminister Heribert Rech, Frau Umweltministerin Tanja Gönner und Frau Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch. Ihnen ein herzliches Grüß Gott.

Ganz besonders herzlich begrüße ich meine Kolleginnen und Kollegen aus dem baden-württembergischen Landtag. An ihrer Spitze den stellvertretenden Landtagspräsidenten, Herrn Wolfgang Drexler, sowie die Fraktionsvorsitzenden, Herrn Stefan Mappus, Herrn Claus Schmiedel und Herrn Winfried Kretschmann. Die Sparkassen Baden-Württembergs wissen die parteiübergreifende Unterstützung in unserem Landesparlament sehr zu schätzen und danken Ihnen herzlich für Ihr Kommen.

Ich heiße des Weiteren herzlich willkommen die Vertreter der Kommunen, namentlich von den kommunalen Spitzenverbänden: den Präsidenten des Landkreistages, Herrn Landrat Dr. Jürgen Schütz, den Präsidenten des Gemeindetages, Herrn Bürgermeister Roger Kehle und das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Städtetages, Herrn Stefan Gläser. Der gelebte Schulterschluss mit den Kommunalen ist uns enorm wichtig. Wir Sparkassen begreifen uns als wichtigen Teil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Das ist aktueller und wichtiger denn je. Genauso herzlich begrüße ich die Vertreter der staatlichen Verwaltungen, die Damen und Herren Ministerialdirektoren und Regierungspräsidenten, die heute gekommen sind.

Wir freuen uns sehr über das Kommen wichtiger Vertreter unserer Wirtschaft, an der Spitze, die Präsidenten der Kammern und Verbände unserer Wirtschaft sowie die Vorstände von Banken und unseren Wettbewerbsinstituten. Erfreut sind wir auch sehr über die große Anwesenheit von Vertretern der Kirchen, der Wissenschaft, der Kultur, der Gewerkschaften, der Medien sowie der Kollegen aus unserer großen Sparkassenorganisation.

„Wir Sparkassen begreifen uns als wichtigen Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Das ist aktueller und wichtiger denn je.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als wir uns 2006 in Karlsruhe zum letzten Sparkassentag trafen, mussten wir Sparkassen uns noch zahlreicher Kritik und Angriffe erwehren. Letztlich weil wir dem Rendite- und Größenrausch internationaler Bankkonzerne im Wege standen. Ich erinnere nur an unsere damaligen Themen: den Streit um den Namen „Sparkasse“ mit der EU-Kommission oder das Bieterverfahren um die Landesbank Berlin. Seitdem hat sich Dramatisches getan. Wir befinden uns heute mitten in der schlimmsten Finanzkrise seit 1929. Der Wettlauf um immer höhere Renditen hat Banken weltweit an den Rand des Abgrunds gebracht, etliche auch zusammenbrechen lassen. Ganze Geschäftsmodelle, etwa das reine Investmentbanking, sind weggebrochen. Das globale Finanzsystem musste mit staatlichen Hilfen in astronomischer Größenordnung vor dem Kollaps bewahrt werden.

Als gemeinwohlorientierte und kommunal verankerte Kreditinstitute trotzen wir Sparkassen den Stürmen der Finanzkrise und stehen fest. Das hat die Angriffe gegen uns Sparkassen nahezu verstummen lassen. Es zahlt sich jetzt aus, dass wir Sparkassen uns mit unserem öffentlichen Auftrag, mit dem was uns Sparkassen ausmacht, stets zu allererst in den Dienst der Menschen vor Ort gestellt haben: als verantwortungsvoller Finanzdienstleister für alle Bevölkerungskreise; als verlässlicher Partner des Mittelstands, der nicht nur in guten Zeiten da ist, sondern auch in schwierigen Tagen die Kreditversorgung vor allem unserer kleinen und mittleren Unternehmen sichert; aber auch als großer Arbeitgeber, Ausbilder, Steuerzahler sowie Spender und Stifter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind viele Lehren aus der Finanzkrise zu ziehen. Das wird heute mit Sicherheit von den einzelnen Referenten auch angesprochen werden. Aber eine Lektion wollen wir mit dem Motto unseres heutigen Sparkassentages „Nachhaltigkeit schafft Zukunft“ herausstellen. Der Begriff Nachhaltigkeit stammt, wie wir wissen, aus der Forstwirtschaft und wird heute zum Teil arg strapaziert. Aber er trifft schon den Punkt, auf den es ankommt. Es geht gerade in der Finanzwirtschaft um die Wiedergewinnung einer längerfristigen, Werte schaffenden, Perspektive.

Zu diesem Thema begrüße ich besonders die vier hochkarätigen Referenten des heutigen Tages. Überspringen darf ich an dieser Stelle unseren Ministerpräsidenten, Herrn Günther Oettinger, der noch auf dem Weg zu uns ist, und begrüße Sie, verehrter lieber Herr Professor Klaus Töpfer ganz herzlich. Ich freue mich besonders, dass Sie als ehemaliger Bundesminister, langjähriger Exekutivdirektor des UN-Umweltprogramms und heute stellvertretender Vorsitzender des von der Bundesregierung eingesetzten Rates für Nachhaltige Entwicklung bei uns in Stuttgart sind.

Ganz herzlich willkommen heiße ich auch Sie, Herr Professor Friedhelm

Hengsbach. Als Jesuit und einer der führenden Sozial- und Wirtschaftsethiker in unserem Land haben Sie viele Jahre das Oswald-von-Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik in Frankfurt geleitet.

Ebenso freuen wir uns sehr, dass Sie, sehr geehrter Herr Professor Peter Bofinger, als Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und als ausgewiesener Finanz- und Wirtschaftsexperte heute für uns in Stuttgart sind. Wir dürfen Sie als Feuerbacher in Ihrer Heimat begrüßen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Nachhaltigkeit ist Grundprinzip jeglichen erfolgreichen Wirtschaftens. Ohne Nachhaltigkeit schafft man letztlich keine Werte. Das leben uns tagtäglich die vielen mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg beispielhaft vor.
In der Finanzkrise sind daher diejenigen am tiefsten gefallen, die sich am weitesten vom Prinzip der Nachhaltigkeit entfernt haben. Allerdings müssen wir Sparkassen auch ein wenig selbstkritisch einräumen, dass wir uns nicht entschieden genug gegen diesen Strom der Profitgierigen gestellt haben. Wir haben uns ein wenig treiben lassen, auch von den unseligen Ratingagenturen. Als Tribut an den Zeitgeist haben wir Sparkassen ebenfalls ein von uns an sich ungeliebtes starres Renditeziel von 15 Prozent formuliert. Aber wir Sparkassen haben das jetzt als erste Gruppe in der Finanzwirtschaft korrigiert.

Wir werden uns künftig am langfristigen Kapitalmarktzins ausrichten zuzüglich eines Risikoaufschlages von mindestens 2 Prozentpunkten.

Wir stellen damit nicht in Frage, dass Rendite unabdingbare Grundlage ist für die erfolgreiche Existenz von Wirtschaftsunternehmen. Aber das Eigenkapital von Sparkassen hat noch eine andere Funktion als nur Rendite zu erwirtschaften. Für uns Sparkassen dient das Eigenkapital primär der Erfüllung unseres öffentlichen Auftrags sowie dem Tragen von Risiken. Das wollen wir jetzt wieder stärker betonen. Dadurch bieten wir Spakassen aus uns heraus Sicherheit für unsere Kunden im Einlagenbereich, die andere nur noch mit Staatsgeldern oder staatlichen Garantien im Rücken vorgeben können. Und ebenso bieten wir Sicherheit für unsere Kreditkunden als verlässlicher Kreditgeber für den Mittelstand.

Wir Sparkassen haben in den letzten guten Jahren unser Eigenkapital weiter stärken können. Wir müssen es jetzt auch bis an die Grenze des Möglichen für die Sicherung der Kreditversorgung unserer Wirtschaft einsetzen. So lag nach den jüngsten Zahlen vom März der Zuwachs der baden-württembergischen Sparkassen bei Krediten an Unternehmen und Selbstständige mit fast 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr weiter auf einem beachtlich hohen Niveau. Als Hauptkreditgeber verhindern wir Sparkassen damit eine äußerst schädliche Kreditklemme im Mittelstand unseres Landes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wichtigste Ergebnis aus der Finanzkrise muss die Rückbesinnung auf eine nachhaltige Wertorientierung sein. Wir Sparkassen sind geradezu prädestiniert dafür vor dem Hintergrund unseres über 200-jährigen erfolgreichen Geschäftsmodells und des bewährten öffentlichen Auftrags. Das ist eng verbunden mit den Menschen, die für die Sparkassen arbeiten und Verantwortung tragen: in den Filialen, im Vorstand und in den Verwaltungsräten.

Bei aller Notwendigkeit ordnender Eingriffe – national wie international – dürfen die Gesetzgeber jetzt nicht überreagieren und überregulieren. Wir müssen aufpassen, dass eine Eignungsprüfung für Aufsichtsorgane – konkret für Verwaltungsräte, wie sie jetzt der Bund schnell regeln will – deren Wesenskern nicht aushebelt. Ich halte es für einen großen Vorteil, dass wir Sparkassen als einzige in der Finanzbranche für unsere Verwaltungsräte einen demokratisch legitimierten Auswahlprozess haben, der auf volksgewählte Repräsentanten in den Trägerparlamenten zurückgeht. Das sichert uns in den Sparkassen Berufs- und Lebenserfahrung über alle Bevölkerungsgruppen hinweg und eine besondere regionale Kenntnis vor Ort. Ich glaube, dass dies für die erwiesene Stabilität unserer Häuser viel wichtiger ist als formale Eignung und reines Expertenwissen. Das allein hat doch nirgends Schlimmeres verhindert, sonst hätten IKB oder HRE nicht passieren dürfen.

„Als gemeinwohlorientierte und kommunal verankerte Kreditinstitute trotzen wir Sparkassen den Stürmen der Finanzkrise und stehen fest.“

Dort saßen doch die vermeintlichen Experten, während unsere Häuser stabil geblieben sind aus der Breite des Volkes. Daher möchte ich abschließend ausdrücklich allen Mitgliedern der Verwaltungsräte ganz herzlich danken für ihre Arbeit und ihren äußerst wertvollen Einsatz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aufbauend auf unserem über 200-jährigen Fundament und bestärkt in den Stürmen der Finanzkrise wollen wir Sparkassen uns gemäß dem Motto unseres heutigen Sparkassentages „Nachhaltigkeit schafft Zukunft“ weiter für die Menschen und für eine gute Zukunft einsetzen. Die Menschen brauchen Sparkassen mehr denn je. Freuen Sie sich jetzt mit mir auf die Referenten unseres heutigen Sparkassentages.

LBS
Freie Fahrt!

LBBW
Banking - Made in Germany.
Überblick. Made
Über alle Grenz

Sicher anlegen.
100 % Kapitalschutz* – und langfr
er Erholung der Ka
ärkte profitieren.
Sorgen
mit De
ren
fonds.
Investm

Espresso

LBBW
Banking - Made in Germany.
Überblick.
in German
Über alle
zen hinwe

WC
Info-Märkte
Abendessen Beethoven-Saal
Fahreraufenthalt Silcher-Saal

Mehr Nähe.
Mehr Leistung.
Mehr Chancen.

Hegel-Sa
Gut
Kaffee

Nachhaltigkeit schafft Zukun
Sparkassen. Gut für Baden-Württemberg.
Baden-Württembergischer Sparkassentag, 06. Mai 2009, Stuttgart

Nachhaltigkeit: Leitbild für Politik und Gesellschaft

Verehrter Herr Präsident,
lieber Peter Schneider,
lieber Oberbürgermeister Doll,
meine Herren Professoren Töpfer,
Hengsbach und Bofinger,
Herr Landtagsvizepräsident Drexler,
meine Herren Fraktionsvorsitzenden –
drei sind da und einer nicht,
verehrte Damen und Herren Abgeordnete
im Landtag von Baden-Württemberg,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Sparkassentag setzt ein klares Zeichen – in der Rezession und gegen Depression. Deswegen beglückwünsche ich den Sparkassenverband für sein sorgsam zusammengestelltes Programm. Drei renommierte Professoren, ein Themenbogen, geprägt von Aktualität. Ich grüße die Kunden, die Mitarbeiter, die Partner, alle Gäste, die heute hier in Stuttgart zusammengekommen sind. Ich bin davon überzeugt, dass der heutige Sparkassentag neben einer nachdenklichen Botschaft und neben einer kritischen Analyse auch Optimismus zur Bewältigung der nächsten Wochen und Monate und Selbstvertrauen nach Baden-Württemberg ausstrahlen kann.

Nachhaltigkeit – ich finde wenn eine Bank, eine Bankenfamilie das Thema in den Mittelpunkt stellt, zeigt dies Mut. Und ich glaube, dass Nachhaltigkeit zu einer Kultur unserer Gesellschaft werden muss. Nur dann haben wir damit Erfolg. Die Landesregierung ist seit zwei Jahren mit vielen hundert Partnern in unterschiedlichen Projekten dabei, das Thema Nachhaltigkeit als Strategie des Landes zu verankern. Nur gemeinsam können wir die unterschiedlichen Interessen einvernehmlich und zukunftsorientiert lösen. Frau Kollegin Gönner ist federführend verantwortlich für diese Initiative.

Günther H. Oettinger MdL

1953	geboren in Stuttgart Studium der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft in Tübingen, 1. und 2. juristisches Staatsexamen
seit 1984	Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
1991 – 2005	Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion von Baden-Württemberg
seit April 2005	Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und Landesvorsitzender der CDU

Nachhaltigkeit heißt für mich erstens, dass man mit Ressourcen, wie Öl, Eisenerz und Gas sparsam umgehen muss. Der Weg aus der Abhängigkeit vom Öl darf nicht ideologisch begründet sein,

aber diese Ressourcen sparsam zu gebrauchen – dafür sind wir verantwortlich, weit über unsere Generation hinaus.

Nachhaltigkeit heißt zweitens, dass der Flächenverbrauch in absehbarer Zeit verringert, nein, gestoppt werden muss. Eine Gesellschaft, die wächst wie Baden-Württemberg – noch immer hat Baden-Württemberg am Jahresende 15.000, 20.000 Menschen mehr als zu Jahresbeginn – hat Wohnraum- und Flächenbedarf. Eine Gesellschaft, die Arbeitsplätze erhalten will und man weiß, dass mit der Automation die Fläche pro Arbeitsplatz steigt, in der Produktion zumindest, hat Flächenbedarf. Aber wenn im nächsten Jahrzehnt Baden-Württemberg einmal irgendwann nicht mehr wächst, die Zahl der Menschen im Land nicht mehr steigt, dann sollten wir im Großen und Ganzen auskommen mit dem, was derzeit an Fläche genutzt wird. Dann sollten wir Gewerbebrache vermeiden, dann sollten wir Wohnbrache vermeiden, dann sollten wir optimieren und verdichten. Ich sage dies auch in Anwesenheit des Präsidenten des Gemeindetags. Denn 1.100 Flächennutzungspläne stellen noch keinen nachhaltigen Umgang sicher. Wir müssen Gebäude sanieren, optimieren, konzentrieren. Und ich werde alles tun, dass der Landverbrauch nicht mehr steigt. Und insbesondere wenn Regionalpläne in der Debatte sind wie in Stuttgart, wird es konkret. Wir müssen dann erreichen, dass nicht nur Wunschzettel von 300 Gemeinden umgesetzt werden, sondern eine gemeinsame regionale Planung den Landverbrauch vermindert, damit auch hier Nachhaltigkeit einkehren kann.

„Wir sollten im nächsten Jahrzehnt im Großen und Ganzen mit der derzeit genutzten Fläche auskommen.“

Das gilt für die öffentlichen Haushalte mehr denn je. Unsere Großeltern haben Deutschland nach dem Krieg – und damals waren die Straßen zerstört, die Häuser zerbombt und die Schulen kaputt – ohne Schulden mit der Arbeit ihrer Hände aufgebaut. Seit 40 Jahren haben wir eine Unkultur, dass man jährlich, um Aufgaben und Ausgaben zu finanzieren, neben Steuern, Abgaben, Beiträgen und Gebühren noch Schulden machen muss. Wir haben uns an Schulden gewöhnt. Deutschland hat rund 1.500 Milliarden Euro Schulden, Baden-Württemberg hat 42 Milliarden Euro Schulden; damit liegen wir zwar besser als 13 andere Länder, aber wir bezahlen 1,7 Milliarden Euro Zinsen pro Jahr, die Tilgung nicht eingerechnet, damit die Banken und Sparkassen in uns noch gute Schuldner

sehen. Und bundesweit werden mittlerweile rund 70 Milliarden Euro an Zinsen pro Jahr gezahlt. Was könnte man mit 70 Milliarden Euro, hätte man keine Schulden, jedes Jahr für Straßenbau, für Energetik, für Soziales, für Umweltschutz und für Steuersenkungen tun! Deswegen muss uns klar sein, die Haushaltsentwicklung ist die größte Herausforderung der Nachhaltigkeit. Wenn die Abgaben steigen und die Leistungen sinken, wenn die Eliten und ihre Kinder gehen, dann haben wir einen Generationenvertrag, der bröckelt. Deswegen fordere ich uns alle in Land, Kommunen und bundesweit auf, in der Krise und nach der Krise darauf zu achten, dass der Weg aus der Schuldenfalle unserer Generation in unserer beruflichen Restlaufzeit noch gelingt.

Im letzten Jahr hat Baden-Württemberg erstmals nach 36 Jahren keine neuen Schulden gemacht. In diesem Jahr sind wir bisher noch auf dem richtigen Weg. Die Steuerschätzung kommt in wenigen Tagen. Und ich behaupte, nach der Bundestagswahl wird ein Kassensturz gemacht – egal, wer regiert. Der Bund wird in diesem Jahr eine Rekordneuverschuldung haben, bundesweit werden in diesem Jahr 90 Milliarden Euro neue Schulden gemacht, Nebenhaushalte sind dabei noch nicht einbezogen. Im nächsten Jahr werden es möglicherweise 120 Milliarden Euro Schulden sein. Spätestens Ende 2010 werden wir erkennen, es ist fünf vor zwölf. Und wenn unsere Kinder wüssten, was weniger Schultern an Last übernehmen werden müssen, würden sie mit Sicherheit stärker protestieren. So sehr ich die Sicherung der Pensionen und Renten für wichtig halte und eine Rentenkürzung von niemandem angestrebt wird, müssen wir sehen, dass die künftigen Renten davon abhängen, ob es noch genügend Beitragszahler und Steuerzahler gibt, die bereit sind, das zu zahlen, was wir uns heute versprechen, zumal es überhaupt keine Rücklagen gibt.

„Im letzten Jahr hat Baden-Württemberg erstmals nach 36 Jahren keine neuen Schulden gemacht. In diesem Jahr sind wir bisher noch auf dem richtigen Weg.“

Und dann heißt Nachhaltigkeit auch nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit. Wir stehen heute mit einem hohen sozialen Wohlstand und in der Welt angesehen da, weil wir in den letzten Jahrzehnten wettbewerbsfähig geworden sind.

Nehmen wir einmal den Fahrzeugbau. Die wichtigste Branche in Baden-Württemberg war und ist der Fahrzeugbau, ist Mobilität. Lkws, Pkws, Busse, Schienenfahrzeuge, die Zulieferindustrie und die Elektrotechnik sind ein wichtiges Fundament unserer Arbeitswelt, unserer Wirtschaft im ganzen Land. Das sehen wir in diesen Tagen auch bei Porsche und VW. Es wird spannend. Da wird Opel vermutlich in irgendeiner Form neu geformt. Aber klar muss uns sein, derzeit haben wir Produktionsstätten in der Welt, in denen man 90 Millionen Fahrzeuge pro Jahr herstellen kann und in diesem Jahr werden trotz der Anreizsysteme wie der „Abwrackprämie“ nur 50 Millionen gekauft. Wir haben eine Überproduktion. Wenn der Bäcker jeden Morgen 90 Brote herstellt und abends nur 50 verkauft sind, wird er spätestens in der zweiten Woche später aufstehen und nur noch 50 Brote herstellen. Aber wir machen es derzeit umgekehrt. Wir garantieren unverändert jeden Standort, produzieren mehr und nicht weniger. Dabei stehen wir gerade in den starken Branchen Baden-Württembergs vor einem Strukturwandel, der sich gewaschen hat.

Ich glaube, dass Baden-Württemberg trotzdem ein Ort des Fahrzeugbaus bleiben wird. Aber es gilt, notwendige Veränderungen zu erkennen und darauf zu reagieren, ob nun Fragen der Ökologie, andere Formen der Mobilität, neue Mitbewerber, neue Interessen der Verbraucher. Schauen Sie einmal an, wie sich ein Auto der Gegenwart zusammensetzt: Da kommt Diesel oder Benzin rein, dann bringt Mahle die Kolben vorbei, ZF die Getriebe und der Auspuff kommt von Eberspächer. All diese drei Komponenten, nämlich Kolben, Motoren, Getriebe werden dann, wenn das Auto durch Strom betrieben wird, in der bekannten Form nicht mehr gebraucht. Das heißt, wir stehen vor einem gigantischen Wandel, an den Baden-Württemberg sich anpassen muss.

Ich möchte behaupten, dass in zehn Jahren in der Fahrzeugindustrie in Deutschland noch maximal 70 Prozent der Arbeitsplätze vorhanden sind. In Baden-Württemberg werden es möglicherweise 80 bis 90 Prozent sein. Aber ein neues Werk in Baden-Württemberg wird mit Sicherheit nicht mehr gebaut. Ich möchte behaupten, dass auch das Werk in Rastatt heute nicht mehr gebaut werden würde. Ich weiß noch gut, wie damals der Gemeinderat massiv dagegen war, wie man sich im Grunde genommen das Ganze vergolden ließ. Heute wäre mancher froh, es gäbe noch einen neuen Produktionsstandort. Alle Standorte zu halten, die wir haben, Mannheim, Rastatt, Gaggenau, Wörth, Sindelfingen, Untertürkheim, Esslingen, Ulm, Friedrichshafen, Neckarsulm, Zuffenhausen, wird eine wichtige Aufgabe der nächsten Jahre und Jahrzehnte sein. Dann bleiben vielleicht 80 bis 90 Prozent der Arbeitsplätze erhalten. Wir müssen, wenn wir nachhaltig wettbewerbsfähig sein wollen, besser als die anderen sein.

Das hat entscheidend mit Bildung zu tun. Und wir müssen erkennen, wo

Wachstumsbranchen sind. Ich fordere Sie, die in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, in der Bankenwelt tätig sind, heute auf: Lassen Sie uns gemeinsam neue Marktchancen, Märkte und Branchen der Zukunft aufspüren. Ich spreche zwei Entwicklungsfelder beispielhaft an. Die demographische Entwicklung, aber auch das wachsende Interesse an einem gesunden Leben, führen dazu, dass der Mensch bereit ist, für Gesundheit und Erhaltung der Vitalität mehr Geld auszugeben, als jede Generation zuvor. Und deswegen sind Medizintechnik, Großgeräte, Kleingeräte, und deswegen ist das Thema gute Krankenhäuser, Kliniken, Pflegeheime und Reha-Kliniken mit Sicherheit eine Chance für ein Land wie Baden-Württemberg. Das heißt, Gesundheit und Medizintechnik kann und muss eine Wachstumsbranche in unserem Land sein. Und die andere könnte heißen: Natur und Kultur, Küche und Keller. Das heißt, Tourismus und Freizeitgenuss, Urlaub, vor allem regionale Angebote, Musik, Theater und Bühne. Ich glaube, dass unsere Tourismus- und Freizeitangebote ebenfalls eine Wachstumsbranche sind, und im Schwarzwald, am Bodensee, im Allgäu, in Oberschwaben, in Hohenlohe, in Franken aber auch in attraktiven Städten wie Mannheim, Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Ulm noch ausgebaut werden können.

Ich selber setze darauf, dass Baden-Württemberg nachhaltig wettbewerbsfähig bleibt. Dies hat auch mit der Frage des Wettbewerbs um Menschen zu tun. Längst hat der Wettbewerb um die Besten, um fleißige Köpfe begonnen. Und ich fordere uns auf, in den Wettbewerb zu gehen: Mit guten Schulen, mit guten Hochschulen, mit spannenden Arbeitsplätzen, mit Freizeitqualität, mit guter Luft, mit schöner Natur. Deutschland schrumpft seit fünf Jahren, Baden-Württemberg wächst weiterhin. Die Zahl der Einwohner in Deutschland sinkt, in Baden-Württemberg geht sie noch nach oben. Jeder, der fleißig ist, ist willkommen. Wir können jeden gebrauchen, der anpackt, damit Baden-Württemberg im Wettbewerb mit anderen Weltregionen mit hohem sozialem Wohlstand, innerem Zusammenhalt und mit guten Produkten und Dienstleistungen in Zukunft bestehen kann.

„Ich fordere Sie, die in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, in der Bankenwelt tätig sind, heute auf: Lassen Sie uns gemeinsam neue Marktchancen, Märkte und Branchen der Zukunft aufspüren.“

Deswegen sollten wir jetzt nüchtern die Krise betrachten und analysieren und erkennen, dass wir tief in der Rezession sind, aber Depression nicht notwendig die Folge ist, und dass Impulse, Zeichen der Stärke, Optimismus jetzt von Ihnen, einer Elite, den Meinungsführern im Lande, ausgestrahlt werden muss.

Zunächst zur Krise. Die Krise hat einen einzigen Grund. Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt. Wir haben uns mehr geleistet, als uns zusteht. Wir haben mehr verbraucht und konsumiert als durch Arbeit erwirtschaftet wurde. Zu allererst in den von mir sehr geschätzten Vereinigten Staaten von Amerika, die längst ein ökonomischer Sanierungsfall geworden sind. Wer in Baden-Württemberg eine Wohnung kauft, ein Haus bauen will, braucht 30 Prozent Eigenkapital. Heute empfehle ich „LBS“ – „Schwäbisch Hall“ und „Wüstenrot“ kommen dann bei anderen Reden vor. Und wer 30 Prozent Eigenkapital hat, bekommt 70 Prozent von der Bank. In Amerika bekam man, wenn man ein Haus kaufen wollte 100 Prozent von Banken – die es heute nicht mehr gibt. Und bekam nochmals 30 Prozent obendrauf, damit man in die Doppelgarage, die man mitgekauft hatte, minderwertige Autos aus Detroit stellen konnte. So einfach war das. Amerika hat zu große Räder gedreht. Die Regierungen haben den Menschen etwas versprochen, was nicht erarbeitet worden ist.

Aber dann waren sie intelligent. Dann haben sie diese Kredite, diese Fremdfinanzierung in hübsche Pakete gesteckt und bunt dekoriert. Und ab ging’s über den Atlantik. Nach London, nach Paris, nach Frankfurt, nach Düsseldorf, nach München und auch nach Stuttgart. Und ich behaupte, dann gab es Verkäufer, die haben gar nicht gewusst, was verkauft worden ist. Sie haben nur gesagt: „Die Rendite ist hoch.“ Und dann gab es Käufer, denen war die Rendite wichtiger. Das Risiko kam in der Betrachtung nicht vor. Wir haben im Grunde alle – Geiz ist geil einerseits und Gier andererseits – versagt. Unsere Kontrollmechanismen, unsere

„Wir können jeden gebrauchen, der anpackt, damit Baden-Württemberg im Wettbewerb mit anderen Weltregionen mit hohem sozialem Wohlstand, innerem Zusammenhalt und mit guten Produkten und Dienstleistungen in Zukunft bestehen kann.“

Qualitätsprüfung, im Grunde haben alle gemeinsam versagt. Und jetzt haben wir den Ausgangspunkt der Krise: die Bankenwirtschaft. Und aus der Konjunktur der Realwirtschaft kam die Eintrübung. In diesem Jahr schrumpft Deutschland um 6 Prozent. Die Produktivität steigt um 6 Prozent. Das heißt, ein Arbeitnehmer stellt durch Automation und Optimierung 6 Prozent mehr Produkte her als im Jahr zuvor. Wenn die Wirtschaft 6 Prozent schrumpft und der Arbeitnehmer 6 Prozent mehr fertigen kann, hat das eine große Sprengwirkung im Arbeitsmarkt. Noch wirkt sich dieser Effekt nicht vollständig aus.

Ich behaupte: Wir sind in der Wirtschaft zu 50 Prozent durch die Krise durch, in der Bankenwirtschaft zu 40 Prozent, auf dem Arbeitsmarkt nur zu 30 Prozent. Denn bisher haben wir volle Auftragsbücher abgearbeitet. Die sind heute leer. Ich kenne Firmen in Baden-Württemberg, die hatten im ersten Quartal einen negativen Auftragseingang. Das heißt, die Zahl der Stornierungen von Aufträgen aus dem letzten Jahr war größer, als der Auftragsneueingang. Die Auftragsbücher sind leer. Dann haben wir kluge Tarifverträge durch pragmatische Gewerkschaften und Arbeitgeber erarbeitet, in denen dann, wenn die Konjunktur läuft, bei gleichem Gehalt Überstunden gemacht werden, die auf ein Zeitkonto gehen. Die werden bei gleichem Gehalt jetzt mit geringerer Arbeitszeit abgebaut. Aber auch dies ist irgendwann einmal vollzogen. Die Zeitkonten sind dann geleert. Dann wirkt sich auch die Kurzarbeit aus, die manchen zu teuer ist, aber trotzdem eine richtige Maßnahme ist. Dann kommt der Zeitpunkt, in dem man für den, der in den Ruhestand geht, keinen mehr einstellt. Aber die Folge ist, dass der, der in den Ruhestand geht, sich auf die Rente freut und der, der Abitur gemacht hat oder sein Studium abgeschlossen hat, keinen Arbeitsplatz bekommt.

Es wäre verheerend, wenn jetzt Ingenieure und Techniker, Meister und Naturwissenschaftler die jetzt fertig sind, bei uns keine Chance bekommen, wenn der Sprung aus der Berufsschule mit dem Meisterbrief oder aus der Hochschule mit dem Bachelor und Master auf den Arbeitsmarkt nicht gelingt. Ich erinnere mich an 1992, an die Krise im Maschinenbau in Baden-Württemberg. Damals haben die Unternehmen von jetzt auf nachher keinen mehr eingestellt. Das sprach sich rum. Dann hat keiner mehr das entsprechende Studium gewählt. Das ist wie in der Landwirtschaft. Wenn der Schweinepreis oben ist, werden Schweine gekauft und gemästet und wenn sie zeitgleich schlachtreif sind, sinkt der Schweinepreis. Wir müssen intelligenter sein. Die Krise kommt, die Krise geht – die Demographie bleibt. Wir brauchen aber auch in der Zukunft mehr Techniker und mehr Ingenieure. Ein Land wie Baden-Württemberg muss ein Land der industriellen und handwerklichen technischen Fertigung sein. Deswegen brauchen wir viele mit Namen wie Daniel und Daniela Düsentrieb. Wir müssen jetzt alles tun, dass die, die

fertig werden, unterkommen, damit der 16- und 17-Jährige und seine Schwester sich entscheiden, ein entsprechendes Studium zu beginnen. Ansonsten hätten wir im nächsten Jahrzehnt einen Fachkräftemangel, der Wachstum verhindert und Verlagerungen von Arbeitsplätzen zur Folge hätte.

Also die Rezession ist da. Und in Baden-Württemberg allzumal. Baden-Württemberg ist durch Export geprägt wie kein zweites Land. Aber derzeit haben wir eine weltweite Rezession. Das gab es noch nie. Wenn früher in Amerika Stagnation war, kam Asien auf. Wenn Westeuropa lahmte, taten sich Chancen in Osteuropa auf. Erstmals weltweit Rezession. Das ist der eine Grund, warum Baden-Württemberg besonders betroffen ist. Der andere Grund ist, dass wir überwiegend nicht Konsumgüter, sondern Investitionsgüter herstellen. Konsumgüter werden jeden Tag gebraucht. Investitionsgüter braucht man auch immer, aber nicht jeden Tag neu. Das heißt, unser Lkw aus Wörth und Mannheim, unsere Presse aus Göppingen und Weingarten, unsere Druckmaschine aus Heidelberg sind qualitativ so hochwertig und die funktionieren locker noch zwei Jahre länger. Das heißt, derzeit werden Investitionsgüter weltweit nicht bestellt. Zweifellos entsteht da ein Nachholbedarf, das ist ein Trost. Denn: Wer heute keinen Trollinger trinkt, holt morgen nicht doppelt nach. Das heißt, Konsumgüter bauen keinen Auftragsstau auf. Investitionsgüter schon. Deswegen ist es umso wichtiger, dass die Betriebe, die beste Produkte herstellen, auch ohne Aufträge dieses Jahr überleben, damit sie in zwei, drei Jahren die Aufträge nachholen und damit gestärkt mit Mehranteilen im Weltmarkt unterwegs sein können.

Jetzt kommt der dritte Punkt: Früher war, wenn die Wirtschaft schwach war, das Bankenlager stark. Dass die Wirtschaft durch die Banken schwach geworden ist, jetzt starke Banken bräuchte, die Banken operativ aber kaum handlungsfähig sind, war bisher im Lehrbuch nicht vorgesehen. Das heißt, wir haben Verletzte in der Wirtschaft und die Rettungssanitäter sind selbst verletzt. Und deshalb ist die Betrachtung, wie die Bankenwirtschaft „einsatzfähig“ gehalten wird, für mich die entscheidende. Von weiteren Konjunkturprogrammen, noch mehr Straßenbau, noch mehr Hochbau halte ich nichts. Das führt nur zur Preistreiberei. Noch mehr zu investieren, in dem man Schulden macht, wäre der falsche Weg. Die jetzigen beiden Konjunkturprogramme wirken zu lassen, ist richtig. Deswegen ist Geduld und Gelassenheit gefragt. Aber erstmals seit der Finanzmarktschirm im Oktober aufgespannt worden ist und längst noch nicht genügend wirkt, hier nachzusteuern, damit die Banken handlungsfähig sind, ist meines Erachtens die wichtigste Aufgabe überhaupt. Dies hat auch mit der Frage zu tun, ob man sich zu den drei Säulen des Bankenwesens auf Dauer bekennt. Zunächst Volksbanken, Raiffeisenbanken, Genossenschaftsbanken getragen von Bürgern vor Ort, Geschäftsbanken,

regional und bundesweit, im Inland, im Ausland zum zweiten und Sparkassen und BW-Bank/Landesbank als dritte Säule der öffentlichen Hand. Alle demokratischen Parteien in Baden-Württemberg bekennen sich dazu.

Und ich lege ausdrücklich auf enges Einvernehmen auch in den nächsten Tagen und Wochen mit den Sparkassen in Baden-Württemberg bei allen Entscheidungen größten Wert. Wir wollen in Baden-Württemberg erreichen, dass Land und Kommunen, der Gesetzgeber, die Träger partnerschaftlich und nicht in Sprachlosigkeit oder Gegnerschaft in die Zukunft gehen. Und noch sind die Sparkassen in Baden-Württemberg die besten überhaupt. Da hat der Obmann, der aus Göppingen kommt, bundesweit mehr Sorgenkinder als in Baden-Württemberg. Mehrheitlich sind unsere Banken, Volksbanken und Sparkassen stabil aufgestellt. Und die Orts- und Kundennähe ist ein Vorteil für sie. Ein Land, das nur durch Industriekonzerne geprägt ist, braucht nicht in dem Maße Volksbanken und Sparkassen, weil Industriekonzerne auf Großbanken angewiesen sind. Ein Land, das von Handwerkern, freien Berufen, Fachhandel und Mittelstand geprägt ist, also weit mehr Adressen hat, braucht nicht die zentrale Anlaufstelle in Frankfurt oder London oder Paris, sondern braucht zentrale Handlungsfähigkeit in der Gemeinde, im Landkreis, also kurze Wege. Man kennt sich, man schätzt sich, kennt die Stärken und Schwächen, ist deshalb mit überschaubarem Risiko zur Begleitung auch in schwerer Zeit bereit. Deswegen

„Mehrheitlich sind unsere Banken, Volksbanken und Sparkassen stabil aufgestellt. Und die Orts- und Kundennähe ist ein Vorteil für sie.“

sind wir zwar geschwächt, trotzdem aber stabiler als andere aufgestellt.

Ich freue mich, dass die Vizepremierministerin aus Bulgarien, eine Freundin Baden-Württembergs, die mit mir beim Donaugipfel in Ulm gewesen ist, den Weg hierher gefunden hat: Willkommen in Baden-Württemberg, in Ihrer zweiten Heimat, schön, dass Sie zur „Sparkassenfamilie“ gekommen sind. Falls Sie noch kein Sparbuch haben, Präsident Peter Schneider sitzt neben Ihnen und ist sicherlich ansprechbar.

Ich glaube, dass für die in der nächsten Zeit notwendigen Maßnahmen in Berlin und Brüssel zwei Vorgaben wichtig sind. Erstens, man sollte den Föderalismus und die kommunale Selbstverwaltung

achten und nicht nach dem Rasenmäherprinzip verfahren. Manche sind sehr zentralistisch unterwegs und mögen uns nicht sehr. Und zweitens sollten wir alles tun, dass bewährte Regeln des Handelsgesetzbuches gelten und nicht das, was in Amerika vorgeschlagen aber dort nie in die Praxis umgesetzt worden ist. Wir müssen Zeit gewinnen gegen nicht kalkulierbare Abwertungen und Down-Ratings. Zeitgewinn heißt, dass Handlungsfähigkeit für die Kunden entstehen kann. Wer diese Zeit nicht gewinnt, wird erleben, dass die Banken durch bestehende Aufgaben gebunden sind und die Kunden dann, wenn sie Banken brauchen, Banken finden, die nicht mehr ansprechbar sind.

Meine Damen und Herren, die Banken und Unternehmen brauchen derzeit den Staat. Wir haben Bürgschaftsprogramme im Land und im Bund, die für sie jetzt wichtig sind. Deswegen biete ich dem Sparkassenverband heute nochmals an: Lasst uns in den nächsten Wochen nochmals darüber sprechen, ob eine Erweiterung unserer Bürgschafts- und Garantierahmen in Baden-Württemberg notwendig ist. Bisher hatten wir eine Grenze von 150 Millionen Euro. Wir haben auf 500 Millionen Euro im Land erhöht. Bisher gab es keinen Fall, der größer als 30 Millionen Euro war. In den nächsten Wochen rollen Fälle in niedriger und höherer dreistelliger Millionenzahl auf uns zu.

Ich halte am Hausbankenprinzip fest. Hausbanken sind sachkundiger, als es

„Ich halte am Hausbankenprinzip fest. Hausbanken sind sachkundiger, als es Beamte und Politiker sind.“

Beamte und Politiker sind. Aber Hausbanken brauchen auf Zeit für einen Teil des Risikos den Staat. Deswegen gilt: Bürgschaftsprogramme und Garantien ausbauen. Meine Überlegung ist: In Gesprächen mit dem Bund und dann im Land, auch mit den beteiligten Banken, will ich in den nächsten Wochen prüfen, ob die Regierung dem Landtag eine deutliche Aufstockung des Bürgschaftsrahmens vorschlagen sollte, dies vor allem dann, wenn dadurch im Rahmen unserer Instrumente die Handlungsfähigkeit der Sparkassen und Banken weiter gestärkt werden könnte.

Nachhaltigkeit ist etwas, was in der Politik nicht einfach ist, weil Politik mit Wahlen verbunden ist. Herr Töpfer kann heute freier reden als in seinem Amt vor 15 Jahren. Nachhaltigkeit in der Politik heißt auch, dass wir den Bürger und Wähler vor der Wahl nicht mit billigen

Versprechen ködern. Nachhaltigkeit heißt weiter, in den Köpfen der Menschen eine Veränderung zu erreichen. Dass wir nicht mehr nur auf unseren Vorteil im Jahr 2009 achten, sondern auf die Frage des nächsten Jahrzehnts, des übernächsten Jahrzehnts und dass wir am langfristigen Vorteil unserer Kinder interessiert sind – auch wenn dieser jetzt ein fiskalischer Nachteil für uns sein mag.

Ich glaube, dass Baden-Württemberg bei allen Problemen gute Chancen hat. Wir haben kreative Köpfe, fleißige Menschen, wunderschöne Regionen, starke Städte und nicht nur eine starke Landeshauptstadt, sondern einen lebendigen ländlichen Raum, eine gute Partnerschaft von Kommunen und Land, Menschen, die in den Kirchen, in der Vereinsarbeit, in Sozialem, Umwelt, Sport, Kultur engagiert sind, im Ehrenamt neben dem Hauptberuf.

Ich würde es so sagen: Die anderen Länder beneiden uns unverändert. Das heißt, wenn die anderen uns beneiden, dann kann es uns so schlecht nicht gehen. Wenn wir uns etwas zutrauen, wird Baden-Württemberg in drei Jahren mit Sicherheit deutlich gestärkt auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft dastehen. Wir werden in der Politik unseren Weg gehen. Und in diesem Sinne danke ich allen, dass Sie an diesem Arbeitstag hierher gekommen sind, dass Sie heute ein Netzwerk bilden für Baden-Württemberg, dass Sie morgen um sieben wieder arbeiten und, dass mit den Sparkassen und den Partnern der Sparkassen-Finanzgruppe Ihre Unternehmung und Ihr Arbeitsplatz gehalten und gesichert werden können.

In diesem Sinne Ihnen allen persönlich viel Erfolg!

„Die anderen Länder beneiden uns unverändert. Das heißt, es kann uns so schlecht nicht gehen. Wenn wir uns etwas zutrauen, wird Baden-Württemberg in drei Jahren mit Sicherheit deutlich gestärkt auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft dastehen.“

Die Finanz- und Wirtschaftskrise: Grund für die Verschiebung einer wirksamen Klimapolitik?

Herr Präsident Schneider,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
Mitglieder der Parlamente,
Ministerinnen und Minister,

ganz herzlich bedanke ich mich dafür, dass Sie mich eingeladen haben. Wer hätte mir, als ich vor zehn Jahren nach Afrika ging, gesagt, dass ich einmal beim baden-württembergischen Sparkassentag unter dem Motto „Nachhaltigkeit schafft Zukunft“ sprechen würde. Daran sehen Sie, dass man die Hoffnung nie aufgeben darf und dass es manchmal der Krise bedarf, um richtige Erkenntnisse durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, diese Krise ist ja praktisch wie ein Tsunami über die Welt gegangen. Kein Vorwarnsystem, keine Vorplanung für ein solches Ereignis. Es ist ganz unstrittig, dass vieles am Anfang deutlich unterschätzt wurde. Die Meinung, das bleibe ja in den USA – und wenn, bliebe es ohnedies im Finanzsektor, hat sich offenbar nicht bewahrheitet. Wir haben in der Zwischenzeit eine Weltwirtschaftskrise, die sich wohl nur mit der vergleichen lässt, die in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts auch Deutschland und die gesamte industrialisierte Welt getroffen hat. Es ist ohne jeden Zweifel eine Krise, die global ist. Zum ersten Mal gibt es einen weltweiten Rückgang der Wirtschaftsleistung. Deutschland, so muss man annehmen, wird einen Rückgang von 6 Prozent haben – unglaubliche Werte, denkt man nur etwas zurück.

Prof. Dr. Klaus Töpfer

1938	geboren in Waldenburg/Schlesien
1960 – 1964	Studium der Volkswirtschaftslehre in Mainz, Frankfurt und Münster
1968	Promotion
1971 – 1978	Abteilungsleiter in der Staatskanzlei des Saarlandes
1978 – 1985	Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt Rheinland-Pfalz
1985 – 1987	Minister für Umwelt und Gesundheit in Rheinland-Pfalz
1987 – 1994	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
1994 – 1998	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
1998 – 2006	Exekutiv-Direktor des UN-Umweltprogramms (UNEP) mit Sitz in Nairobi
seit 2001	stellvertretender Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Und ganz sicherlich nachvollziehbar ist, dass viele erst einmal sagen: Das ist ein gewaltiger Brand, lasst ihn uns löschen. Lasst uns jetzt nicht fragen, was die Ursache war und wer das Feuer gelegt hat, jetzt geht es darum, dass wir löschen.

Eine kleine Anmerkung meinerseits aus der Erfahrung eines Umweltministers, der einmal in Rheinland-Pfalz tätig war: Ich habe ein Erlebnis mitmachen müssen, in dem das Löschwasser hinterher gefährlicher war, als der Brand. Also, wenn man danach fragt, was dieses Löschwasser denn verursacht, ist das nicht irgendwie eine vordergründige Kritik, sondern der Hinweis darauf: Da kann auch etwas mittel- oder langfristig zurückbleiben.

Es ist schon bemerkenswert, meine Damen und Herren, wie schnell man sieht, dass die herausragenden Gralshüter eines Primats der Nachhaltigkeitspolitik, der Angebotspolitik, sich innerhalb von Nächten in Superkeynesianisten verwandeln, so wie ich es in meiner volkswirtschaftlichen Ausbildung nicht für möglich gehalten habe. Und Sie können es jemandem, der diese Erfahrung vom Studium bis nach Afrika getragen hat, nachsehen: Als ich den damaligen Vorsitzenden der fünf Weisen – Herr Bofinger, es sei mir gestattet, das zu sagen – im Fernsehen abends in der Tagesschau sah und er mit betroffenem Gesicht sagte, nun wäre es aber wirklich Zeit, dass wir Kaufgutscheine verteilen – da wollte ich vom Glauben abfallen.

Meine Damen und Herren, also da ist etwas passiert. Und da muss man fragen: Woran liegt das? Für mich ist das auf einen Satz zu konzentrieren. Und der eine Satz ist: Was wir in der Krise erleben, ist schlicht und einfach der Offenbarungseid der Kurzfristigkeit.

Spätestens nach der Wiedervereinigung und der damit in besonderer Weise signalisierten Globalisierung sind wir weltweit auf diesen Kurzfristkapitalismus angelsächsischer Form eingeschwenkt. Wir haben uns mit Quartalsergebnissen beglückt, wir haben darauf hingewiesen, dass man auch möglicherweise mit großen Hebeln in Hedgefonds langfristige Investitionen kurzfristig finanzieren kann. Etwas, was ich in meinem volkswirtschaftlichen Studium geradezu als eine Todsünde kennengelernt habe, und woran andere Banken schon kaputt gegangen sind. Vor dem Hintergrund der Quartalsergebnisse ist eine Legislaturperiode geradezu eine Ewigkeit.

Meine Damen und Herren, wenn wir dieses Primat der Kurzfristigkeit haben, muss man sich natürlich fragen: Was sind denn die Konsequenzen davon? Da ist eine Konsequenz sehr schnell da. Sie werden immer davon ausgehen müssen, wenn es dieses Primat gibt, wird es tendenziell dazu kommen, dass wir eine Vernachlässigung der Investitionen sehen, die kapitalintensiv und nur über langfristige, aber relativ niedrige Erträge zu rechnen sind. Will sagen, wir werden Probleme haben, Infrastrukturinvestitionen durchzuführen. Wenn Sie einmal, was Sie sicher schon alle einmal getan haben, in den Vereinigten Staaten von Amerika die Infrastruktur beurteilen, kommen Sie wirklich nicht auf die Idee, dass Sie im reichsten Land der Welt sind. Sehen Sie sich das Stromnetz dort an. Sehen Sie sich die Straßenzustände dort an. Wenn Sie mir einen Flughafen sagen,

der mit einem Bahnverkehr angeschlossen ist, sage ich Ihnen, offenbar ist da etwas schief gelaufen. Wenn Sie sich alles das ansehen, sehen Sie genau, dass ein Primat der Kurzfristigkeit dazu führt, dass langfristige Investitionen zu kurz kommen.

Wie gesagt, ich bin lange in Afrika gewesen und man sagt mir, dass solche Tendenzen sogar in Deutschland festzustellen sein sollen. Dass wir diese erste Konsequenz eines Diktats der Kurzfristigkeit haben. Und es ist schon bemerkenswert, wenn, wie vorgestern geschehen, unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Festakt zu 60 Jahren Bundesrepublik und 20 Jahren Fall der Mauer sagt, sie fordere jetzt eine Charta für nachhaltiges Wirtschaften. Ich komme darauf zurück. Das heißt, die erste Konsequenz ist offenbar eine Vernachlässigung derartiger Investitionen. Eine zweite Konsequenz ist fast noch weitreichender. Und sie ist auch dadurch mit bedingt, dass wir nicht nur die Kurzfristigkeit etwa in den Quartalsergebnissen verfolgt haben, sondern auch an die Kurzfristigkeit dieser Ergebnisse die Honorierungssysteme derer gestellt haben, die sie vorlegen. Wenn Sie die Honorierungssysteme an die Kurzfristigkeit binden, dann müssen Sie immer davon ausgehen, dass ein Anreiz da ist, Kosten aus der Kurzfristigkeit herauszunehmen und sie zu verschieben. Der großartige polnische Aphoristiker Stanislaw Lec hat diesen wunderbaren Satz formuliert, der mir ans Herz gewachsen ist. Er hat nämlich gesagt: „Vieles hätte ich verstanden, wenn man es mir nicht erklärt hätte.“ Ein fantastischer Satz.

„Die Krise ist nach meiner Wertung ein Offenbarungseid der Kurzfristigkeit...

...Vor dem Hintergrund der Quartalsergebnisse ist eine Legislaturperiode geradezu eine Ewigkeit.“

Also, meine Damen und Herren, es ist zu erwarten, dass wir bei einem Diktat der Kurzfristigkeit eine systematische Verlagerung von Kosten bekommen. Diese Kostenverlagerungen haben wir im finanziellen Bereich kennengelernt. Es gibt ja nicht ohne Hintersinn Schuldenobergrenzen im Grundgesetz, in der Europäischen Union. Sie sind ja nicht ohne Sinn, unter dem Gesichtspunkt, dass wir nicht das verschieben und uns möglicherweise jetzt einen Wohlstand zurechnen, der nur möglich ist, weil andere hinterher die damit verbundenen Kosten übernehmen.

Es ist in der letzten Zeit merkwürdig still geworden um diese immer wieder zitierte Generation der Enkel. Vor einem guten Jahr gehörte es zu jeder politischen Rede, darüber zu philosophieren, dass doch nicht die Enkel die Kosten unseres jetzigen Wohlstands zahlen sollen. Davon ist gegenwärtig vergleichsweise wenig zu hören. Das betrifft mich in ganz besonderer Weise, denn wir haben auch immer wie die Weltmeister über kommende Generationen gesprochen. Seit vier Jahren bin ich Großvater. Die Jüngsten sind zwei Jahre alt. Die werden also – bei gegenwärtiger Lebenserwartung unterstellt – das Jahr 2100 erleben. Also Zukunft hat für mich einen Namen, ein Gesicht: Leonard und Laurenz. Und da fragt man sich natürlich, was die Kurzfristigkeit unserer heutigen Entscheidungen in der Langfristigkeit in deren Leben bewirkt.

„Zukunft hat für mich einen Namen, ein Gesicht: Leonard und Laurenz. Und da fragt man sich natürlich, was die Kurzfristigkeit unserer heutigen Entscheidungen in der Langfristigkeit in deren Leben bewirkt.“

Und ich bin mit Herrn Schneider einer Meinung, dass wir so etwas wie eine Inflationierung des Begriffs der Nachhaltigkeit haben. Als ich bei der Bundeswehr war, gab es einen schönen Witz, dass ein Hauptmann der Artillerie seinen Rekruten die Berechnung der Schussbahn beibringt. Und dann sagt er dem Rekruten: „Dafür brauchst Du den Satz des Pythagoras $a^2 + b^2 = c^2$.“ Und er fügt hinzu: „Unter Zivilisten pflegt man das zu beweisen, bei Soldaten gilt das Ehrenwort.“ An vielen Stellen habe ich die Besorgnis, dass, wenn man das Wort Nachhaltigkeit ausgesprochen hat, es als Ehrenwort gilt. Und dass die Frage, wie sieht denn Nachhaltigkeit in einer globalisierten Welt aus, etwas in den Hintergrund kommt.

Und wenn ich das zitiere, will ich das zunächst mal auf Englisch zitieren. Auch deswegen, um Ihnen zu belegen, dass ich diese Sprache zwischenzeitlich zu lernen gehabt habe. Das ist ja auch so eine Angelegenheit. Man hat mir damals gesagt, ich wäre der zweitbeste Englischsprecher im Kabinett von Helmut Kohl gewesen. Ich habe später herausgefunden, dass das eine relativ niedrigere Barriere war. Aber in Englisch heißt es dort und ich zitiere: „Sustainable

development meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“ Meine Übersetzung: Dauerhafte, also nachhaltige Entwicklung, ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Das heißt, wenn wir Nachhaltigkeit sagen, kommt immer Zukunft hinzu. Es ist also genau das Gegenteil von dem, was wir im Diktat der Kurzfristigkeit erfahren haben. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass man sich darüber klar wird: Das will nicht jeder wahr haben. Da Herr Prof. Hengsbach hier ist – was alleine schon eine große Ehre ist – kann ich einen alten Jesuiten zitieren, der im Spanien des 16. Jahrhunderts philosophisch tätig war und den großen Vorteil hat, dass er kaum bekannt ist: Balthasar Gracián. Ich kann Ihnen empfehlen, beim nächsten Geburtstag sein Handorakel zu kaufen. Ich zitiere: „Jeder Dumme ist fest überzeugt und jeder Festüberzeugte ist dumm. Und je größer die Dummheit, umso größer der Starrsinn.“ Und dann kommt er zum entscheidenden Punkt: „Die Festigkeit gehört nicht in den Willen sondern in den Verstand.“ Eine ganz wichtige Konsequenz. Wir haben an vielen Stellen diese Flexibilität im Nachdenken nicht mehr durchgeführt. Und wir kommen dann wie selbstverständlich dazu, dass wir in einer Welt der kurzfristigen Entscheidungen, in der schon zu Lebzeiten meiner Enkel bald 8,5 Milliarden Menschen leben werden, in einer auf Kurzfristigkeit und Wegwerfmentalität ausgerichteten Gesellschaft, nicht friedlich miteinander leben können.

Wenn das aber so ist, meine Damen und Herren, wenn wir die Kurzfristigkeit und die damit verbundenen Mechanismen als eine wesentliche Ursache für die Krise mit sehen, dann muss ich mich natürlich fragen, was bedeutet das für die Therapie. Es gibt einen schönen Satz, dass man besser nicht ein Problem mit den Maßnahmen behandeln sollte, die das Problem geschaffen haben. Also sind nur kurzfristige Maßnahmen wenig geeignet, diese Krisen zu bewältigen. Ich habe das

> „Dauerhafte, also nachhaltige Entwicklung, ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“

im Finanz- und Sozialbereich nur ganz knapp angesprochen. Natürlich in Kenntnis dieses Themas muss ich es und will ich es im Ökologischen weiterführen. Natürlich wälzen wir massiv Kosten unseres Lebensstandards etwa durch die Emission von CO_2 auf die Umwelt ab. Meine Damen und Herren, das geht so lange gut, wie die natürliche Assimilationskraft der Umwelt das verträgt. Sie wissen, es gibt nicht zufälligerweise den Standortvorteil eines Flusses für große Unternehmen, sondern auch die Tatsache, dass die Größe des Flusses die Assimilationskraft etwa für Abwässer mit bestimmt. Aber wenn Sie das überziehen, kippt der Fluss um. Und diese Frage stellt sich uns massiv am Ende dieser Kurzfristigkeitseuphorie. Wir haben offenbar die Aufnahmefähigkeit der Natur für die Abfälle unseres Wohlstandes überzogen.

Das sehen wir in hohem Maße in den Ozeanen, wo wir durch massive Überfischung und durch Entwicklung von Wärme und Aufnahme von zusätzlichem CO_2 zu dem Ergebnis kommen, die Ozeane sind zu warm und zu sauer. Das gilt aber eben auch für die Atmosphäre, in die wir kostenlos CO_2 als Endprodukt eines Verbrennungsprozesses abgelagert haben. Die Atmosphäre kann das sehr gut eine Zeit lang vertragen, sie kann es abpuffern, aber offenbar haben wir die Abpufferkapazität ausgeschöpft. Und wenn wir das weiter auffüllen, dann wird es offenbar zu Reaktionen kommen, so wie ein Fluss umkippt oder wie andere Systeme der Natur nicht mehr leistungsfähig sind. Wenn dem so ist, dann muss man sagen, wir haben einen vergleichsweise hohen Preis dafür bezahlt, dass wir uns Kurzfristigkeiten geleistet haben. Also muss ich auch fragen, was ist zu tun, damit wir jetzt möglichst intensiv und gezielt diese vergessenen langfristigen Kosten einbinden in Sanierungsprogramme. Eigentlich wiederum: Vieles hätte ich verstanden, wenn man es mir nicht erklärt hätte.

Es ist also nicht eine wie auch immer geartete ideologische Voreinstellung, wenn man sagt, versuche doch die Bewältigung der Krise der Wirtschaft zu verbinden mit einer Überwindung der Krise des Klimas oder der Umwelt. Ich habe das zum allgemeinen Verständnis gesagt, man solle zwei Krisen mit einer Klappe schlagen. Die Krise ist nach meiner Wertung ein Offenbarungseid der Kurzfristigkeit. Mit dieser Tatsache sind systematische Konsequenzen verbunden. In besonderer Weise dann, wenn Sie die kurzfristigen

„Wir haben offenbar die Aufnahmefähigkeit der Natur für die Abfälle unseres Wohlstandes überzogen.“

Ergebnisse auch zur Stellgröße für Honorierungssysteme machen. Eine der Konsequenzen besteht darin, dass wir bemüht sein müssen, in der kurzfristigen Rechnung mittel- und langfristige Kosten einzubeziehen. Wenn das der Fall ist, ist es offenbar dringlich notwendig, zu fragen: Wie können wir erreichen, dass wir die durch die Kurzfristigkeit entstandene Krise so lösen, dass die Lösung gleichzeitig den nachhaltigen und lang- und mittelfristig notwendigen Zielsetzungen gerecht wird?

Ich habe gesagt: Zwei Krisen mit einer Klappe schlagen. Andere sagen, mit Blick auf den New Deal von Roosevelt, dass wir jetzt einen New-Green-Deal bräuchten. Das ist mir zu akademisch und zu erklärungsbedürftig. Deswegen glaube ich, dass zwei Krisen mit einer Klappe schlagen verständlicher ist. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Wir sind in einer Welt, in der wir keine Mauern und Stacheldraht mehr haben, und wo alle Menschen eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung vor sich haben wollen. Wie auch immer Sie das drehen und wenden, Sie werden dazu kommen, dass das mit der gegenwärtigen Energieversorgungsstruktur von fossilen Energieträgern nicht möglich ist. Sie werden Preissteigerungen und massive Probleme in der Versorgungssicherheit haben bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Wenn dem so ist, ist es höchst notwendig, gerade auch für eine volkswirtschaftlich und technologisch führende Nation, zu fragen: Was können wir tun?

Wir sprechen davon, dass es so etwas wie Smart Grids geben soll, also intelligente Stromnetze, die dadurch gekennzeichnet sind, dass sie eine Verbindung zwischen Anbietern und Nachfragern haben und dadurch auch die Möglichkeit, etwa die Spitzen der Gangkurve von Strom zu kappen. Alles dies ist durchaus technologisch vorhanden, erfordert Investitionen. Eine Verbindung der einen Krise mit der anderen wäre etwa, Investitionen gezielt daran auszurichten, dass unser Stromnetz so qualifiziert wird, dass es mengenwertig wesentlich mehr erneuerbare Energien transportieren kann und gleichzeitig eine andere Verbindung von Nachfrage und Angebot im Strommarkt ermöglicht. Und da sind die Deutschen gut. Da haben wir Technologien, die exportgeeignet sind. Wir schaffen Arbeitsplätze und wir leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass wir dieser Katastrophe entgegenwirken.

Das ist ein Beispiel. Hier ist ein zweites: Sicherlich ist es wichtig und richtig, dass wir auch Investitionen in Erhaltung und Schaffung von Straßenraum setzen. Aber meine Damen und Herren, wenn wir im Klimabereich diskutieren, haben wir zum Beispiel die Entscheidung der Bundesregierung, einen Anteil der Kraftwärmekopplung von mindestens 25 Prozent zu bekommen.

Wer Kraftwärmekopplung sagt, muss wissen, dafür braucht man Netze: Wärmenetze. Wäre es nicht der Schweiß des Weisen wert, wenn wir uns einmal überlegen, ob wir in Deutschland so etwas

wie einen Ausbauplan von Nahwärmenetzen als konjunkturelle Maßnahme durchführen? Die Arbeitsmarkteffekte sind größer als die vom Straßenbau. Ganz ohne jeden Zweifel. Und Sie würden genau die erreichen, die als kleine, mittlere Unternehmen vor Ort das machen können. Und Sie hätten eine Erweiterung der Energiepalette.

Wenn wir diese Verbindung schaffen, meine sehr verehrten Damen und Herren, qualifizieren wir den Standort Deutschland für die Zukunft. Genau dann wird es möglich, dass wir auch aus der Krise anders herauskommen, als wir in sie hineingestolpert sind. Wir werden an vielen Stellen Aufgaben haben, die wir ohnedies bewältigen müssen.

Deswegen glaube ich, dass die Bundeskanzlerin recht hat, wenn sie sagt, wir brauchen eine Charta für nachhaltiges Wirtschaften. Deswegen ist es gut, wenn unser Bundespräsident in seiner beachtenswerten Berliner Rede 2009 sagt: „Die nächste industrielle Revolution wird eine industrie-ökologische Revolution sein.“ Und er fügt hinzu: „Wir wollen beschließen, nie mehr auf Kosten anderer zu leben.“ Das habe ich alles mit Freude und Zustimmung gehört. Für uns ist nun wichtig zu fragen, wie machen wir denn das? Wie wird denn das umgesetzt in einem Konjunktur- und Stabilitätsprogramm, das jetzt über 100 Milliarden Euro in die Hand nimmt und in dem der Anteil solcher zwei Krisen bewältigenden Maßnahmen mal gerade, wenn man optimistisch rechnet, bei 13 Prozent liegt?

Ich glaube, dass das nicht Kritik ist, sondern eine Anregung. Dann wird Nachhaltigkeit wirklich Zukunft. Dann wird der Hinweis, kommende Generationen werden das als sinnvoll ansehen, wirklich richtig. Ich bin auch nicht der Meinung, dass wir alle möglichen Schwierigkeiten in der Zukunft für unsere Kinder und Enkel vorweg lösen müssen. Auch unsere Generation ist in Probleme hineingestellt worden und hat sie gelöst.

„Eine technologisch führende Nation wie Deutschland hat die Verpflichtung, für 8,5 Milliarden Menschen die Technologie zu entwickeln, die deren Leben möglich macht.“

Und unsere Kinder und Enkel werden das wieder tun. Mit Lösungen, an die wir heute noch gar nicht denken. Aber wir sollten alles daran setzen, dass nicht die von uns abgewälzten Kosten ihre Aufgabe extrem schwierig machen. Also, Nachhaltigkeit ist nicht eine Marotte.

Klimaschutz nicht so etwas wie eine Verfügungsmasse von Konjunkturpolitik, die man dann wieder aufruft, wenn alles andere geregelt ist. Der Klimawandel wartet nicht – das sage ich nicht mit einem Tremolo, das haben wir schon immer gesagt, sondern mit einer Bestätigung aus der Wissenschaft heraus. Wir müssen uns sehr genau fragen, wie wir uns auf Entwicklungen vorbereiten, in denen wir möglicherweise den Klimawandel nicht so beherrschen können, wie wir uns das heute in unseren Modellrechnungen vorstellen. Sind wir darauf vorbereitet? Oder gehen wir da genauso in eine tsunamiartige Katastrophe hinein, in der hinterher nur noch gelöscht werden soll, aber dummer Weise das Wasser dafür nicht mehr da ist?

Eine technologisch führende Nation wie die Bundesrepublik Deutschland hat die Verpflichtung, für diese Welt der 8,5 Milliarden Menschen die Technologie zu entwickeln, die wirklich auch deren Leben möglich macht. Wenn Sie acht Jahre in Afrika Ihr Hauptquartier gehabt haben, kommen Sie mit anderen Augen zurück, als Sie dorthin gegangen sind. Und genau das ist es, was man von solchen Ländern wie von uns erwartet. Dass wir für diese wirklich herausragend schwierigen Aufgaben Lösungen mit entwickeln. Sie alle sind der Überzeugung, dass wir viele Exportartikel haben, nur eines nicht. Unser Lebensstil und unser Lebensstandard sind keine Exportartikel. Und deswegen wage ich auch in aller Offenheit zu sagen: Ja es ist richtig, über Effizienz und über technologischen Fortschritt zu sprechen. Aber an irgendeiner Stelle wird man auch fragen müssen, was Suffizienz ist, wird man auch mal fragen müssen – wie der Bundespräsident in seiner Rede – wie ist denn eine Wachstumsgesellschaft auf Dauer zu beurteilen. Wiederum nicht als Kritik, sondern als Aufforderung zum Nachdenken und zum Entwickeln von Lösungen, die nicht die Maßnahmen sind, die einst das Problem verursacht haben.
Ich danke Ihnen sehr herzlich.

Grußwort

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
lieber Herr Oettinger,
sehr geehrter Herr Finanzminister,
lieber Herr Stächele,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist für mich eine große Ehre und eine persönliche Freude, heute hier zu Gast zu sein und zu dieser hochkarätig besetzten Runde sprechen zu dürfen. Ich werde versuchen, kurz über Bulgarien zu reden. Ich will Sie gerne mit angenehmen, positiven Nachrichten aus Bulgarien überraschen. Wir können viel voneinander lernen und je besser wir uns kennen, desto erfolgreicher werden wir sein.

In der jetzigen Zeit der Wirtschaftskrise kann ich sagen, dass Bulgarien viel mutiger und viel stabiler aufgestellt ist. Ich darf behaupten, dass wir die schlimmsten Zeiten für Bulgarien hinter uns haben. Das war Mitte der 90er-Jahre. Damals bestand eine wirklich katastrophale Situation, sie war verbunden mit dem Wechsel von Eigentumsverhältnissen. Von heute auf morgen mussten wir die Demokratie kennenlernen, ins kalte Wasser springen und die Marktwirtschaft lernen. Das war nicht einfach. Und das war die Zeit des totalen Zusammenbruchs des Bankensystems in Bulgarien – schreckliche Zahlen: 500 Prozent Inflation und vieles mehr. Gott sei Dank haben wir das alles hinter uns. Und dafür hat uns besonders unser Wille, der EU beizutreten, enorm geholfen und ich darf behaupten, dass sich Bulgarien regelrecht am eigenen Schopf gepackt hat und wir es so

Dr. Meglena Plugtschieva

1956	geboren in Baltchik, Bulgarien
1974 – 1979	Studium an der Forstuniversität in Sofia
1981 – 1990	Inspektorin und stellvertretende Forstamtsleiterin in Varna
1989	Promotion im Fach Forstökologie
1990 – 1995	Leiterin des Referats für Auslandsbeziehungen im Forstministerium Sofia, Weiterbildung an der Förstlichen Versuchsanstalt in Göttingen und an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau als Stipendiatin
2001 – 2004	Stellvertretende Ministerin für Landwirtschaft und Forsten sowie für EU-Integration
2004 – April 2008	Botschafterin der Republik Bulgarien in Deutschland
seit April 2008	Stellvertretende Ministerpräsidentin, zuständig für die Kontrolle der Mittel aus EU-Fonds

geschafft haben. Ich möchte hier ein paar Zahlen nennen:

Im Jahr 2000 hatten wir 18 Prozent Arbeitslosigkeit. Wir hatten damals eine Staatsverschuldung von 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zusätzlich hatten

wir noch weitere Riesenprobleme: Die Jahresinflation lag über 15 Prozent. Wo steht Bulgarien heute? Ich darf sagen, dass wir acht Jahre später, im Jahr 2008, mit einer steigenden Tendenz in all diesen Jahren nach dem Jahr 2000 ein Wirtschaftswachstum von 6 Prozent haben. Ende 2008 hatten wir 5,8 Prozent Arbeitslosigkeit, das Maastricht Kriterium erfüllen wir hervorragend mit nur 16,2 Prozent Staatsverschuldung. Die Jahresinflation lag bei 7 Prozent Ende 2008 und – es gibt auch positive Seiten der Krise – seit Anfang des Jahres haben wir 0,8 Prozent Inflation.

Es ist wirklich eine erfreuliche Entwicklung. Ich will aber auch erwähnen, dass wir im Jahr 1997, nach all diesen Krisenjahren, auch ein currency board eingeführt haben. Das bedeutete für Bulgarien eine sehr strenge Finanzdisziplin, eine eiserne Disziplin und sehr eingeschränkte öffentliche Ausgaben: Nicht mehr als 40 Prozent, egal was da gelaufen ist in Bulgarien, egal was für Wechsel in der politischen Landschaft passiert sind, Gott sei Dank haben wir diesen richtigen Anker wirklich beibehalten, denn das hat sich jetzt bewährt. Deswegen reden wir momentan in Bulgarien nicht von einer Finanzkrise. Ich glaube, dass wir, Gott sei Dank, keine Finanzhilfen des Internationalen Währungsfonds beantragen müssen. Im Gegenteil: Ich kann mit Stolz sagen, dass Bulgarien zu den wenigen Mitgliedsstaaten in der EU zählt, die einen Budgetüberschuss aufweisen. Im Jahr 2006 betrug der Überschuss 3,5 Prozent, ebenso im Jahr 2007 und auch im Jahr

„Ich kann mit Stolz sagen, dass Bulgarien zu den wenigen Mitgliedsstaaten in der EU zählt, die einen Budgetüberschuss aufweisen.“

2008 hatten wir 3 Prozent Budgetüberschuss. Wir haben Finanzreserven, so dass ich wirklich momentan mit Stolz behaupten darf, dass wir in Bulgarien nicht von einer Finanzkrise reden.

Wir haben eine große Finanzstabilität. Dazu muss ich aber auch sagen, dass wir 1997 die bulgarische Währung an die Deutsche Mark gekoppelt haben – gleich danach ist automatisch die Ankoppelung an den Euro erfolgt – so dass wir jetzt auch eine stabile Währung haben. Neben dem currency board, also neben der strengen Finanzdisziplin, neben diesem Anker und den Finanzreserven kann ich feststellen, dass Bulgarien relativ stabil da steht. Gleichzeitig muss ich aber zugeben, dass wir die Krise als Wirtschaftskrise empfinden. Es sind vor allem die Wirtschaftszweige

betroffen, die exportorientiert sind und die mit der europäischen Wirtschaft stark verbunden sind, denn als größten Handelspartner haben wir eben die EU.

Ich möchte hier keine Vergleiche ziehen. Gestern habe ich aber erfahren, dass, zu meinem Bedauern, unsere Nachbarn, die Rumänen, einen Antrag auf Finanzhilfen nicht nur gestellt haben, sondern diese auch bekommen: 12,9 Milliarden Euro. Dasselbe passiert auch leider in Ungarn. Bei den baltischen Ländern gibt es auch Probleme. Im SPIEGEL habe ich gelesen, dass Großbritannien als „Island an der Themse“ bezeichnet wird. Wie gesagt, da empfinden wir zum Bedauern die Krise als Wirtschaftskrise und wir werden uns weiter bemühen. Unsere Regierung hat schon im Herbst 2008 konkrete Maßnahmen gegen die Krise verabschiedet. Einmal im Wirtschaftsbereich, auf dem Finanzfeld und selbstverständlich für den Arbeitsmarkt. Es ist für Bulgarien enorm wichtig, aus dieser Krise relativ stabil herauszukommen und zu verhindern, dass Arbeitsplätze abgebaut werden. In diesem Sinne kann ich nur sagen, dass wir aus den letzten tiefen Krisen Mitte der 90er-Jahre viel gelernt haben. Und ich kann sagen, dass wir gelernt haben, dass Jammern nichts hilft. Man muss die Sachen einfach anpacken und die Probleme beim Namen nennen, die Ärmel hochkrempeln und viel mutiger in die Zukunft schauen.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, brauchen wir in Europa momentan in dieser schwierigen Zeit einen richtigen Schulterschluss. Die EU wird stärker aus dieser Krise herauskommen, wenn sie sich auf die Stärken der einzelnen Länder verlässt und so nach vorne schaut. Wenn es um Nachhaltigkeit und um Zukunft geht, da kommen mir die Worte von Wilhelm Humboldt in den Sinn. Ich darf zitieren: „Die Zukunft hat mehrere Namen. Für die Schwachen ist es das Unerreichbare. Für die Furchtsamen ist es das Unbekannte. Aber für die Tapferen ist es eine Chance.“

In diesem Sinne: Machen wir aus dieser Krise eine Chance!
Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

„Man muss die Sachen einfach anpacken und die Probleme beim Namen nennen, die Ärmel hochkrempeln und viel mutiger in die Zukunft schauen.“

LBS
Sparkassen Versicherung
Deka
Investmentfonds
LBBW
Landesbank Baden-Württemberg
Sparkasse
Prof. Hengsbach

Ein Neustart der Weltwirtschaft ohne Finanzkapitalismus

„Durch Deutschland muss ein Ruck gehen“, hatte 1997 der damalige Bundespräsident Roman Herzog gefordert. Nun geht ein unbeschreiblicher Ruck durch die Wirtschaft und Gesellschaft – in Deutschland, in Europa, in der ganzen Welt. Allerdings anders, als Roman Herzog ihn sich vorgestellt hat. Wie ist diese Krise zu erklären, wie konnte das passieren? Welche Rolle wird dem Staat zugespielt, die Krise zu bewältigen? Birgt diese Krise zugleich eine Chance, wie die Bundeskanzlerin meint, nämlich die Chance eines Neustarts? Allerdings eines Neustarts, ohne dass die Ursachen der Krise mitgeschleppt werden, und ohne dass die finanzwirtschaftlichen Eliten, die diese Krise verursacht haben, sagen: „Weiter so!“

Eine „beispiellose“ Krise?

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise gilt als beispiellos. Ist sie wirklich so beispiellos? Immerhin hat es in den letzten 30 Jahren, seitdem das Bretton-Woods-System aufgekündigt wurde, sieben Finanzkrisen gegeben. Wohl nicht unmittelbar im Zentrum, wenngleich die New-Economy-Blase im Zentrum, allerdings in einem Segment geplatzt ist. Beispiellos ist diese Krise, weil sie vom monetären System ausgeht, das viel stärker als noch vor 10 Jahren miteinander verflochten ist, weil außerdem die peripheren Länder, in denen viele früheren Krisen ihre unmittelbare Wurzel hatten, inzwischen ins Zentrum gerückt sind. Und weil diese monetäre Krise auch die reale Sphäre erfasst oder deren Anfälligkeit gesteigert hat.

Prof. em. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ

1937	geboren in Dortmund
1957	Eintritt in den Jesuitenorden
1959 – 1968	Studium der Philosophie in München und Theologie in Frankfurt am Main
1968 – 1972	Studium der Wirtschaftswissenschaften in Bochum
1985 – 2005	Professor für Christliche Sozialwissenschaft, Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, sowie Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik

1. Drei Dimensionen der Krise

Ich möchte im ersten Teil meiner Reflexion drei Dimensionen dieser Krise verdeutlichen. Immerhin haben die ziemlich ratlos in Davos versammelten wirtschaftlichen und politischen Eliten diese dreifache Dimension der Krise signalisiert. Die monetäre Krise ist zugleich eine ökologische Krise. Diese Dimension ist von Herrn Töpfer bereits entfaltet

worden. Ich finde zusätzlich eine soziale Krise, auf jeden Fall international, jedoch auch in den reifen Industrieländern.

1.1 Die monetäre Dimension

Die ungeheure Dynamik des Kapitalismus wurde vor 100 Jahren von Max Weber und auch von Josef Schumpeter auf den dynamischen Unternehmer zurückgeführt. Ich habe eben bestätigt gehört, was allgemein bekannt ist, dass es in Baden-Württemberg eine große Zahl solcher dynamischer Einzelunternehmer gibt, die innovative Produkte auf den Markt bringen und innovative Produktionsverfahren einführen. Werner Sombart, ein Zeitgenosse dieser großen Soziologen, hat die Dynamik des Kapitalismus stärker strukturell verankert. Er verlegt sie in die elastische Geldversorgung, die für den Kapitalismus kennzeichnend ist. Das Bankensystem, zu dem natürlich die Sparkassen gezählt werden, verfügt – in den Grenzen, die die Zentralbank setzt, oder jenseits dieser Einfriedung – über eine unbegrenzte Kredit- und Geldschöpfungsmacht. Diesem monetären Expansionspotenzial verdankt der moderne Kapitalismus seine außergewöhnliche Dynamik, die für einen Teil der Weltbevölkerung einen grandiosen Wohlstand erzeugt hat.

1.2 Die ökologische Dimension

Die ökologische Dimension der Krise lässt sich in Anlehnung an Werner Sombart ebenfalls mit der kapitalistischen Dynamik erklären. Neben dem Motor der unbegrenzten Geldschöpfungsmacht der Geschäftsbanken und Sparkassen, also dem Geldvorschuss, den sie den Unternehmen geben, damit diese Produktionsanlagen kaufen und Arbeitskräfte bezahlen, ist – mit den Worten Sombarts – der „Griff in die Sparbüchse der Erde“ für die Dynamik und Krise des Kapitalismus verantwortlich. Während frühere Epochen nur das Jahreseinkommen der Sonnenenergie verbraucht haben, hat der industrielle Kapitalismus aufgrund der naturwissenschaftlichen Kenntnisse und der Technik, die ihm zur Verfügung stand, sich des Naturvermögens bemächtigt, also nicht nur das Einkommen, sondern das Vermögen selbst, das in Jahrmillionen in der Erde gespeichert wurde, an sich gerissen.

> „Geldschöpfung und Naturverbrauch – beide potenziell schrankenlos – sind die dynamischen Motoren des modernen industriellen Kapitalismus.“

Geldschöpfung und Naturverbrauch – beide potenziell schrankenlos – sind die

dynamischen Motoren des modernen industriellen Kapitalismus. Was das Naturvermögen angeht, ist zumindest seit 1972 deutlich geworden, dass die Industriegesellschaften nicht schrankenlos in die natürliche Umwelt eingreifen und sie zum Nulltarif nutzen können, dass sie einen fairen Preis dafür zu entrichten haben, und dass sie aus diesem Vermögen nur das, was ihnen gerechterweise zusteht, entnehmen dürfen, insofern sie für die Entnahme der Ressourcen und die Überlastung der Tragfähigkeit der Erde eine Kompensation zu leisten haben. Leider ist diese Einsicht, nachdem der Klimawandel in der Folge des G 8-Gipfels in Heiligendamm ein beherrschendes Thema war, wieder aus den Köpfen und den Herzen der Politiker geschwunden. Soll etwa die Abwrackprämie ein Beitrag zum Klimaschutz sein? Oder die Förderung der Autoindustrie? Diese müsste erheblich mehr Beiträge zu nachhaltigen Formen der Mobilität liefern.

1.3 Die soziale Dimension

In den 1900er Jahren und zu Beginn dieses Jahrhunderts haben die politisch Verantwortlichen die solidarischen Sicherungssysteme entregelt. Gesellschaftliche Risiken, die dem Einzelnen nicht zugerechnet werden können, wurden tendenziell individualisiert. Den Arbeitslosen wurde unterstellt, sie seien faule Säcke. Den Kranken wurde vorgeworfen, sie hätten sich früher in ihrer Freizeit weniger riskant verhalten sollen. Die Frauen – in einer patriarchalen Gesellschaft ist die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht ein gesellschaftliches Risiko – wurden ermuntert, mehr Mut zur Karriere zu haben. Falls es gelingt, solche gesellschaftlichen Risiken zu individualisieren, lässt sich empört fragen, warum solche Risiken, die (angeblich) individuell verursacht sind, solidarisch abgesichert werden sollen? So konnte die Deformation der solidarischen Sicherung gerechtfertigt und für die private Vorsorge geworben werden. Die Großbanken, Versicherungskonzerne und Investmentgesellschaften waren gern bereit, diese private Form einer kapitalgedeckten Vorsorge zu organisieren.

Neben dem gestiegenen Armutsrisiko als Folge einer solchen Politik der Entsicherung sind im dritten Armutsbericht der Bundesregierung insbesondere die prekären Arbeitsverhältnisse aufgeführt. Diese sind jedoch nicht vom Himmel gefallen, sondern durch Gesetze etwa zu befristeten Arbeitsverhältnissen, zur Leih- und Zeitarbeit, zu den Mini- und 1-Euro-Jobs sowie zum Niedriglohnsektor beschlossen worden.

2. Der Staat – Bestandteil der Krise

Warum die Finanzkrise als beispiellos angesehen wird, hat auch damit zu tun, dass mit ihr ein abrupter und radikaler Wechsel der herrschenden Denkmuster eingetreten ist. Diejenigen, die mehr als 30 Jahre lang mit flatternder Fahne das marktradikale, wirtschaftsliberale Bekenntnis mit den drei Glaubenssätzen verkündet haben: „Vertraue auf die Selbstheilungskräfte des Marktes“,

sagen jetzt (wie Josef Ackermann): „Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes.“ Diejenigen, die felsenfest davon überzeugt waren: „Der schlanke Staat ist der beste aller möglichen Staaten“, rufen jetzt: „Der Staat soll unser zerbrochenes Kartenhaus retten.“ Und diejenigen, die erklärt haben: „Wenn die Zentralbank nur rigoros die Inflation bekämpft und den Geldwert stabil hält, ist jede andere Wirtschaftspolitik überflüssig“, freuen sich darüber, dass die Notenbanken Liquidität, also Geld in das Bankensystem (und in die Wirtschaft) fluten. Der Staat wird nun als Retter gerufen. Aber er ist nicht der Retter aus der Krise, sondern deren Bestandteil.

2.1 Abschied vom Rheinischen Kapitalismus

Ein führender Vertreter der Deutschen Bank stellte zu Beginn des Jahrhunderts die provozierende Frage, ob die Finanzmärkte quasi die fünfte Gewalt in der Demokratie seien. Seiner Meinung nach könnten die täglichen millionenfachen Entscheidungen der Anleger den Regierenden besser, als vierjährige Parlamentswahlen dazu in der Lage sind, sensible Signale geben, was vernünftige Wirtschaftspolitik sei – nämlich Löhne, Sozialabgaben und Steuern senken, die Gewerkschaften zähmen und möglichst wenig umverteilen. Offenbar haben sich die Regierungen solche Parolen zu eigen gemacht und begonnen, die sogenannte Deutschland AG bzw. den „Rheinischen Kapitalismus“, wie Michel Albert die soziale Marktwirtschaft in Deutschland nennt, in Richtung eines angelsächsischen Finanzkapitalismus umzubauen.

Der Rheinische Kapitalismus zeichnet sich dadurch aus, dass zwischen Banken und Unternehmen intensive persönliche und finanzielle Verflechtungen bestehen. Diese sind zwar relativ überschaubar, wurden jedoch von vielen als inzwischen verkrustet angesehen. Außerdem wurden die Unternehmen als ein Personenverband begriffen. Ein solcher Personenverband umschließt die Gruppen der Belegschaften, der Kapitaleigner und der Vertreter der öffentlichen Hand, also Kommunen oder staatliche Organe.
Die Manager der Unternehmen haben zwischen den verschiedenen Gruppen einen Interessenausgleich herzustellen. Und schließlich sicherten die Tarifautonomie sowie umlagefinanzierte, solidarische Systeme eine relativ ausgewogene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie den Schutz gegen gesellschaftliche Risiken.

Der angelsächsische Finanzkapitalismus lässt sich vergleichsweise so charakterisieren: Die Wertpapiermärkte sind dominant. Sie gelten als anonym und effizient, während institutionelle Anleger – Großbanken, Versicherungskonzerne, Investmentgesellschaften und Finanzinvestoren – die Szene beherrschen. Sie werden Intermediäre genannt, weil sie zwischen den Aktionären und den Zielunternehmen vermitteln. Die Unternehmen gelten in erster Linie als Kapitalanlage in den Händen der Aktionäre.

Sie werden unmittelbar oder mittelbar von ihnen gekauft, im Wert gesteigert und danach verkauft. Sie werden bewertet und gesteuert ausschließlich durch eine Finanzkennziffer, den „shareholder value“. Diesen kurzfristig ausgerichteten Wert zu maximieren, ist das Ziel der Geschäftspolitik der Unternehmensleitung. Er spiegelt sich, so wird unterstellt, im Aktienkurs der jeweiligen Unternehmen. Nun ist der shareholder value der Saldo zukünftiger Zahlungsströme, ein Erwartungswert. Es kann ein Fantasiewert sein, der sich aufgrund von Gerüchten bildet. So kann ein Teufelskreis entstehen, der aus den Zahlen, die von den Managern vierteljährlich präsentiert werden, der subjektiven Inszenierung einer blühenden unternehmerischen Zukunft, den Aktienkursen, die kollektive Erwartungen im Herdenverhalten spiegeln, und den Vergütungen der Manager entsteht. Diese virtuelle Welt, die während der Blütezeit der „New Economy“ bereits durchgespielt worden war, hat sich während des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts großflächig ausgebreitet. Manager stehen nicht mehr im Dienst von Belegschaften oder Kunden oder der öffentlichen Hand, so dass sie bestrebt wären, die Wertschöpfung zu erhöhen, Kundenwünsche zu bedienen sowie Steuern zu entrichten. Sie bedienen einzig und allein die Interessen der Aktionäre.

2.2 Kooperative Geisel

Der Druck der Finanzunternehmen und der politischen Öffentlichkeit auf die politischen Entscheidungsträger war so massiv, dass diese die Rolle kooperativer Geiseln übernommen haben. Die Regierungen haben einen Finanzförderplan beschlossen. Dieser sah vor, den Standort Deutschland so wettbewerbsfähig zu machen, dass er den Rückstand gegenüber den Finanzplätzen New York und London aufholen kann. So wurden steuerpolitische Gesetze, die die Finanzinvestoren privilegiert behandeln, beschlossen. Die Gewinne der Banken aus dem Verkauf ihrer Industriebeteiligungen wurden steuerfrei erklärt, Investmentfonds für breite Bevölkerungsschichten geöffnet, Hedge-Fonds in der Form von Dachfonds ebenso wie Zweckgesellschaften zugelassen. Die Regierung ließ dafür werben, dass die innovativen Finanzprodukte

> „Der Druck der Finanzunternehmen und der Öffentlichkeit auf die politischen Entscheidungsträger war so massiv, dass diese die Rolle kooperativer Geiseln übernommen haben.“

verbreitet und neue Vertriebswege dafür erschlossen würden. Die Aufsichtsbehörden sollten diese Innovationen nachsichtig beurteilen und bei deren Kontrolle großzügig mit ihnen umgehen.

Kooperative Geisel war der Staat nicht nur beim gleitenden Umbau des deutschen Finanzregimes in den angelsächsischen Kapitalismus, sondern auch, als sich die US-Immobilienkrise zu einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ausweitete. Die staatlichen Entscheidungsträger, in erster Linie die Regierenden, reagierten im Sog der apokalyptischen Dramaturgie, die von den Großbanken und der Bankenaufsicht inszeniert wurde. „Ich habe in einen Abgrund geschaut“ erklärte der Finanzminister. In einen Abgrund, über den die Banken ihn gehalten haben? „Wenn der Himmel einstürzt, sind alle Spatzen tot.“ Stürzt der Himmel ein, wenn die Spieler ihre Spielschulden bezahlen müssen? „Wenn es brennt, muss das Feuer gelöscht werden, auch wenn Brandstiftung die Ursache war.“ Aber müssen die Brandstifter mit am Lenkrad des Löschzuges sitzen? Dass es zu widersprüchlichen Reaktionen kam, war wohl unvermeidlich. Zunächst war es ein Problem der Vereinigten Staaten, gegen das Deutschland immun sei, hieß es. Aber dann musste ein deutsches Institut gerettet werden. Zunächst sollte nur im Einzelfall gerettet werden. Aber dann wurde ein Schirm über alle Banken gespannt. Zunächst wurde ein Konjunkturprogramm verweigert. Dann wurden gleich mehrere Konjunkturpäckchen geschnürt. Und immer wurde verkündet: Es gibt keine Alternative – was einer Bankrotterklärung der Politik gleichkommt. Gab es wirklich keine Alternativen? Warum sicherte man eine Rettung zu, bevor eine Spurensicherung erfolgte? Welche Finanzunternehmen haben mit welchem Anteil zu der angeblich drohenden Kernschmelze beigetragen – welche Landesbanken, welche Großbanken, welche ausgelagerten Zweckgesellschaften? Welche Manager haben fahrlässig oder vorsätzlich entschieden, welche haben Treuepflichten grob verletzt? Unerträglich sind die Rettungsmaßnahmen, die unter weitgehendem Ausschluss

„Eine Krisendiagnose sollte zuerst Systemfehler der monetären Sphäre identifizieren, um daraus zu lernen und das allgemein verbindliche Regelsystem zu verbessern, das einer weiteren Krise vorbeugt.“

des Parlaments beschlossen wurden. Weder das Parlament noch die demokratischen Entscheidungsverfahren unterstehen einem Bankgeheimnis. Warum kann einer Bank das Insolvenzverfahren nicht zugemutet werden? Weil sie systemrelevant ist? Wenn sie systemrelevant ist, ist sie zu groß. Dann gehört nicht die Fusion mit einer anderen Großbank, sondern deren Zerlegung zum politischen Rettungspaket.

3. Ein Neustart jenseits des Finanzkapitalismus

Wenn es zutrifft, dass jede Krise auch eine Chance bietet, müsste gelten: Diese beispiellose Krise bietet eine beispiellose Chance. Nun wird als Referenzjahr der aktuellen Krise häufig das Jahr 1929/30 genannt.

3.1 Chancen und Aufbrüche

Es gibt jedoch noch andere Chancen und Aufbrüche in markanten Referenzjahren: 1944 das Währungsabkommen von Bretton Woods oder 1947 das Ahlener Programm der CDU in der britischen Besatzungszone. In dessen Präambel steht, dass der Kapitalismus den sozialen und staatlichen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden sei und dass die neue Wirtschaftsordnung auf den elementaren Lebensinteressen der Bevölkerung gründen müsse. 1948 hat Ludwig Erhard gegen den Widerstand der Alliierten eine wertstabile Währung und eine Marktwirtschaft eingeführt, die auf dem freien Spiel der Preise beruhte und gleichzeitig den sozialen Ausgleich sicherte. Und dann der große Aufbruch 1989, als Bürger und Bürgerinnen erklärten: „Mit uns nicht mehr!“ und in einer friedlichen Revolution das Joch eines militärisch hochgerüsteten Regimes und einer Kommandowirtschaft abschüttelten in der Erwartung, dass persönliche Freiheit und wirtschaftlicher Wohlstand, Kapitalismus und Demokratie vereinbar seien. Auch ein verkrustetes Parteiensystem, in dem die politischen Eliten gegen das Volk regieren, provoziert immer wieder außerparlamentarische Aufbrüche, die eine repräsentative Demokratie mit dem Protest, dem Widerstand und der Unruhe der Bevölkerung konfrontieren und sich in sozialen Bewegungen ausdrücken. Vor mehr als zwei Jahrzehnten waren es die Grünen, derzeit ist es die Linke, die das etablierte Parteiensystem aufmischt.

3.2 Fehlersuche

Es gibt keinen erfolgreichen Aufbruch ohne Fehlersuche. Klaus-Peter Müller von der Commerzbank gesteht ein: „Die Banken haben Fehler gemacht, sicher.“ Vor etwa sechs Jahren hat er, nachdem die New Economy-Blase geplatzt war, dasselbe gesagt. Welche Fehler hat er im Blick? Darüber schweigt er und geht in die Offensive: Die eigentliche Ursache der Krise liege beim US-Staat. Dieser habe erstens unter Greenspan eine zu lockere Geldpolitik betrieben. Zweitens habe er die Lehmann Brothers Bank fallen lassen. Ohne deren Konkurs hätte die Commerzbank gute Zahlen geschrieben.

Ob eine solche Aussage als Erklärung der Krise ausreicht? Vermutlich genauso wenig wie die individualistische Deutung der Krise, die den Akzent darauf verlegt, dass diese durch die große Gier, die Fahrlässigkeit oder die abenteuerliche Risikoneigung der Manager verursacht sei. Da finde ich Herrn Koppers Aussage verständlich und sogar sympathisch: „Ich kann das Wort Gier schon nicht mehr hören." Denn meiner Meinung nach ist der systematische Ort einer wirtschafts- und sozialethischen Reflexion nicht das individuelle moralische Handeln, sondern die Formulierung jener Regeln, die das Handeln der Menschen koordinieren.

Eine Krisendiagnose sollte zuerst Systemfehler der monetären Sphäre identifizieren, um daraus zu lernen und das allgemein verbindliche Regelsystem zu verbessern, das einer weiteren Krise vorbeugt. Welche Systemfehler haben die derzeitige Krise verursacht? In einer wohlhabenden Gesellschaft hat das Geld nicht nur die Funktion, Tauschmittel zu sein, sondern auch – und das in zunehmendem Maß – als Wertspeicher, als Vermögen verwendet zu werden. Es konkurriert mit anderen Vermögensformen, etwa Immobilien und Wertpapieren. Wenn jedoch die Verteilung von Einkommen und Geldvermögen derart in eine Schieflage gerät, wie dies in den 1990er Jahren und extrem seit 2000 zu beobachten ist, dann liegt vermutlich in einer solchen Asymmetrie eine der Ursachen, weshalb erhebliche Kapitalströme auf die globalen Finanzmärkte gelenkt werden, mit denen rentable und auch spekulative Finanzgeschäfte getätigt werden können.

Ein weiterer Systemfehler wird darin gesehen, dass die Vermögensmärkte anders als die Gütermärkte gesteuert werden. Die Gütermärkte sind begrenzt durch Knappheiten realer Ressourcen, etwa der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Boden und Technik oder realer Kaufkraft, also Realeinkommen. Die Vermögensmärkte dagegen orientieren sich an subjektiven, kurzfristigen Erwartungen. Diese sind schrankenlos und können fantastische Höhen erreichen. Welchen Wert ein Unternehmen übermorgen, in drei oder fünf Jahren erreichen wird, hängt von meinem Urteil und dem vieler anderer ab, deren Urteile sich wechselseitig beeinflussen. So kommt eine Spirale zustande, die sich nach oben hin dreht. Wenn solche Erwartungen in Geldvermögenswerte zusätzlich durch eine unbegrenzte Kreditschöpfungsmacht der Finanzunternehmen befeuert werden, bildet sich jene spekulative Blase, deren Platzen wiederholt verheerende Wirkungen auf die Realwirtschaft hatte.

3.3 Zwei Wege aus der Krise

Auf dem Gipfel der G 20 in London war umstritten geblieben, welche der beiden Dimensionen, die monetäre oder die realwirtschaftliche Dimension, Vorrang hat, damit der Ausweg aus der Krise gelingt.

Eine globale Finanzarchitektur ist in Umrissen und als Absichtserklärung bereits

erkennbar geworden. Die „Reparaturarbeit“ umfasst den Beschluss, alle systemrelevanten Geschäfte, Unternehmen und Finanzplätze einer wirksamen öffentlichen Aufsicht und Kontrolle zu unterwerfen. Globale Standards sollen sichern, dass die Höhe und Qualität von Eigenkapitalquoten verbessert werden, die Bilanzierung risikobewusst erfolgt und die Hebelwirkung der Fremdfinanzierung eingeschränkt wird. „Renovierungsarbeiten“, die über bloße Reparaturarbeit hinausgehen, gelten der Aufwertung des Forums für Finanzstabilität und dem Internationalen Währungsfonds sowie den Regeln einer risikobewussten Bilanzierung. Ein wirklicher „Neustart“ würde bedeuten, dass die angeblich innovativen Finanzprodukte einem öffentlichen „Finanz-TÜV“ unterworfen und in eine Art „Positiv-Liste“ aufgenommen werden, bevor sie in die Finanzströme einmünden. Eigenkapitalquoten sollten nach einem präzisen Kriterium differenziert werden: Kredite, die der Finanzierung von (spekulativen) Finanzanlagen dienen, sind mit einer höheren Quote zu unterlegen und verschärften Haftungsregeln zu unterwerfen, als solche Kredite, die vergeben werden, um reale Investitionen zu tätigen. Die Bilanzierung gemäß dem Marktwertprinzip sollte aufgegeben werden. Der Grundsatz der vorsichtigen Rechnungslegung gemäß dem Anschaffungswert garantiert höhere Stabilität. Spekulative Finanzgeschäfte sollten besteuert werden. Der US-Dollar sollte als alleinige Reservewährung abgelöst werden. Der IWF könnte dabei in die Rolle einer Weltzentralbank hineinwachsen.

„Ein wirklicher ‚Neustart‘ würde bedeuten, dass die angeblich innovativen Finanzprodukte einem öffentlichen ‚Finanz-TÜV‘ unterworfen und in eine Art ‚Positiv-Liste‘ aufgenommen werden, bevor sie in die Finanzströme einmünden.“

Diese würde über eine Art Weltgeld verfügen und die Rolle eines Kreditgebers der letzten Instanz übernehmen. Regionale Währungsräume könnten als eine Zwischenstufe angesehen werden. Innerhalb der Währungsräume können Transferleistungen aus dem Zentrum in die Peripherie für einen monetären Ausgleich sorgen, außerhalb solcher Währungsräume kann eine moderate Wechselkurspflege stabilisierend wirken. Schließlich sollten die globalen Ungleichgewichte, die extreme und strukturelle

Gläubiger- und Schuldnerpositionen erzeugen, abgebaut werden. Der IWF sollte gleichzeitig in die Lage versetzt werden, Strafzahlungen zu erlassen, damit sich nicht nur die Schuldnerländer, sondern auch die Gläubigerländer an der Ausbalancierung der Leistungsbilanzen beteiligen.

Die realwirtschaftliche Belebung kommt wohl nicht allein dadurch zustande, dass das Arbeitslosengeld oder die Kurzarbeit verlängert, die Regelsätze von Hartz IV sowie der Kinderbonus erhöht werden und eine Rentenanpassung nach unten, die infolge der Anlehnung an die Lohnentwicklung fällig wäre, ausgeschlossen wird. Dies sind reine Sanitätsleistungen und Samariterdienste. Die Option einer realwirtschaftlichen Belebung sollte sich in einer Offensive für höhere Wertschöpfung und ein Mehr an Erwerbsarbeit verkörpern. Denn immer noch bleiben viele private, materielle und vitale Bedürfnisse unbefriedigt und dringende öffentliche Aufgaben unerledigt. Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen befinden sich in einem miserablen Zustand. Sie sind personell unterbesetzt, weil angeblich die Finanzmittel fehlen, diesen Mangel zu beheben. Bibliotheken, Schwimmbäder, Straßen, die Entsorgungskanäle verrotten. Kinderfreundliche Städte oder solche, die ein Zusammenleben mehrerer Generationen gestatten, bleiben ein Wunschtraum von Architekten und Stadtplanern. Gleichzeitig wird das Arbeitsvermögen junger Menschen, die kostbarste Ressource einer Wirtschaft, verschlissen. Immerhin könnten reife Industrieländer zusätzliche Märkte und Beschäftigungsfelder durch einen ehrgeizigen ökologischen Umbau der Wirtschaft, insbesondere der herkömmlichen Verkehrssysteme, der Energiegewinnung und der Ernährungsweisen erschließen. Aber an der Schwelle zum „Zeitalter des Arbeitsvermögens“ sollten verstärkt die Arbeiten an den Menschen, also personennahe Dienste in den Bereichen der Bildung, Gesundheit, Kommunikation und Kultur in den Blick genommen werden. Ein solcher Strukturwandel zur kulturellen Dienstleistungswirtschaft rechtfertigt ein verstärktes Engagement des Staates, weil diejenigen Arbeiten an den Menschen, die als Grundrechtsansprüche anerkannt sind, nicht ausschließlich dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb und der privaten Kaufkraft überlassen bleiben

„Eine Offensive für mehr staatliche Investitionen, die private Aufträge nach sich ziehen, ist ein unverzichtbarer Bestandteil des politischen Neustarts.“

können. Die öffentliche Hand kann sich nicht von dem Mandat freikaufen, Grundgüter wie Arbeit, Mindesteinkommen, Gesundheit, Bildung, Mobilität und Kommunikation allen Mitgliedern der Zivilgesellschaft unabhängig von ihrer Kaufkraft zugänglich zu machen. Deshalb ist eine Offensive für mehr staatliche Investitionen, die private Aufträge nach sich ziehen, ein unverzichtbarer Bestandteil des politischen Neustarts.

Nun ist die Beteiligung an der Erwerbsarbeit nicht der einzige Schlüssel gesellschaftlicher Integration und auch nicht die einzige beschäftigungspolitische Zielmarke. Neben der Erwerbsarbeit sind die private Beziehungsarbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement gleich wichtig und gleichrangig. Folglich sollte sich die Gesellschaft nicht ausschließlich auf die Erwerbsarbeit fixieren. Dies wäre krankhaft. Da Frauen gleichgestellte und autonome Lebens- und Erwerbschancen für sich beanspruchen, ist es angemessen, dass Männer die überdehnte Identifizierung mit der Erwerbsarbeit relativieren und den ihnen zukommenden Teil an privater Erziehungsarbeit übernehmen. Darin könnten sie einen Gewinn an Lebensqualität entdecken. Die drei gesellschaftlich gleich notwendigen und nützlichen Arbeitsformen – die Erwerbsarbeit, die private Betreuungsarbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement – sollten fair auf die beiden Geschlechter verteilt werden.

Zwanzig Jahre nach dem großen Aufbruch einer friedlichen politischen Revolution, dessen Höhepunkt der Abbruch der Berliner Mauer war, sollte aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ein weltwirtschaftlicher Neustart hervorgehen, dessen Ziel die Versöhnung von persönlicher Freiheit und materiellem Wohlstand, von Demokratie und Kapitalismus ist.

„Die drei gesellschaftlich gleich notwendigen und nützlichen Arbeitsformen – die Erwerbsarbeit, die private Betreuungsarbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement – sollten fair auf die beiden Geschlechter verteilt werden.“

Wachstumsmotor
Sparkassenverband

Deutsche Wirtschaft im Sog der Finanzkrise

Meine Damen und Herren,

mein Beitrag in der Dramaturgie dieses Nachmittags besteht darin, die makroökonomischen Aspekte der Krise anzusprechen. Nachdem wir interessante Vorträge über Fragen der Ethik, der Nachhaltigkeit allgemein und der Ökologie gehört haben, möchte ich über das sprechen, was meine Hauptbeschäftigung ist, nämlich die Makroökonomie. Ich möchte anfangen mit einer Bestandsaufnahme: Wo stehen wir, wie ist die Situation im Augenblick? Ich glaube, das kann man ganz gut beschreiben mit dem Bild eines „keynesianischen Prozesses", das heißt wir erleben seit der Lehman-Pleite einen beispiellosen Einbruch von Produktion, Auftragseingängen, Exporten – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Dieser Einbruch hat bisher noch keine Bodenbildung gefunden. Ich glaube, der Einbruch zeigt auch – da will ich meinem Kollegen Hengsbach, mit dem ich sonst in vielen Punkten übereinstimme – widersprechen: Es gibt keine Alternative dazu, alle Banken in Deutschland am Leben zu halten. Es wäre extrem gefährlich, auszuprobieren, ob einzelne Banken vielleicht doch nicht systemrelevant sind. Das wäre so ähnlich, wie wenn man mit einem Feuerzeug in einem Raum experimentieren würde, der mit Gas gefüllt ist. Der Fall Lehman zeigt, wie schlimm es ist, wenn Vertrauen zerstört wird, wie unglaublich schwer es ist, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Deshalb sei es wiederholt: Es gibt heute keine Alternative dazu, alle Banken in Deutschland am Leben zu halten, auch wenn das schmerzhaft ist, auch wenn das störend ist aus ordnungspolitischer Sicht.

Prof. Dr. Peter Bofinger

1954	geboren in Pforzheim
1973 – 1978	Studium der Volkswirtschaftslehre in Saarbrücken
1984	Abschluss der Promotion (Dr. rer. pol)
1990	Abschluss der Habilitation an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes
seit 1992	Ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre, Geld und internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Würzburg
seit 2004	Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Was hat man sich unter einem keynesianischen Prozess vorzustellen? Ich verstehe darunter eine Situation, wie sie Herrn Keynes vorschwebte, als er seine Theorie entwickelt hat, eine Situation, die dadurch gekennzeichnet ist, dass der Marktprozess, der normalerweise sehr gute,

robuste Selbstheilungskräfte hat, in eine Situation kommt, wo diese Selbstheilungskräfte versagen. Es kommt also zu einem Fall ins Bodenlose, ohne dass die Selbststabilisierungsmechanismen des Marktes, allen voran die Zinsen und die Preise, flexibel und schnell genug reagieren können. Das ist das, was Keynes unter dem Eindruck der großen Depression erkannt und theoretisch herausgearbeitet hat. Wir befinden uns seit Lehman in einer derartigen Situation und es ist klar, dass eine solche gravierende Störung des Marktes Angst und Verunsicherung hervorruft, vor allem in Deutschland. Wir ängstigen uns sowieso ganz gerne und es ist wahrscheinlich auch nicht ohne Grund, dass das Wort Angst zu den wenigen Wörtern gehört, die unübersetzt in die englische Sprache Eingang gefunden haben.

„Dass man heute gleichzeitig Deflations- und Inflationsängste vorfinden kann, zeigt wie stark diese Ängste sind und wie sehr diese Ängste das rationale Nachdenken durcheinanderbringen."

Diese Angst ist ein fruchtbarer Nährboden für alle möglichen Horrorszenarien, Sie müssen nur ins Fernsehen schauen oder die Zeitung lesen: Man hat heute Angst vor einer Depression, vor einer Deflation, vor einer Inflation, vor dem Staatsbankrott, vor der Währungsreform und man spricht sogar schon vom Ende der Währungsunion. Wie stark diese Ängste sind und wie sehr diese Ängste das rationale Nachdenken durcheinanderbringen, sieht man daran, dass man heute gleichzeitig Deflations- und Inflationsängste vorfinden kann. Doch Deflation ist so etwas wie ein Unterdruck des Wirtschaftssystems und Inflation ist so etwas wie ein Überdruck. Das ist so ähnlich, wie wenn ein Internist nicht weiß, ob ein Patient unter einem zu hohen oder einem zu niedrigen Blutdruck leidet. Die Diagnoseunsicherheit ist also ganz erheblich.

Ich möchte in meinem Vortrag fragen, wie realistisch die Ängste sind und worauf man sich einstellen sollte, wenn man Vermögensplanung betreibt und in dieser schwierigen Situation wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen versucht.

Lassen Sie mich beginnen mit der großen Depression. Das war eine Situation, die wir in Deutschland in den Jahren 1929 bis 1933 erlebt haben. Es war eine Phase, die zu einem Rückgang des

Bruttoinlandsprodukts um 17 Prozent geführt hat, zu einem Verfall des Preisniveaus um 20 Prozent und zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 3,5 Millionen Menschen. Wichtig also: Was wir bisher erlebt haben, ist zwar dramatisch gemessen am Nachkriegsstandard, aber es ist Gott sei Dank noch weit davon entfernt, auch nur im Ansatz vergleichbar zu sein mit dieser großen Depression. Wie kann es dazu kommen, dass das Marktsystem in den Dreißiger Jahren so massiv versagt hat?

Das führt zu der Frage, wie sich die wirtschaftspolitischen Akteure in dieser Situation verhalten haben. Die Reichsbank hat in dieser Phase nicht etwa die Zinsen gesenkt, sondern sie hat die Zinsen erhöht. Man hat damals sehr außenwirtschaftlich gedacht. Man hatte Angst, dass es zum Abzug von Auslandsgeldern kommt, aber das führte dazu, dass man konjunkturpolitisch genau das Falsche gemacht, also krisenverschärfend gehandelt hat. Und das gleiche gilt für die Finanzpolitik. Reichskanzler Brüning hat das gemacht, was manchen Leuten heute auch noch vorschwebt. Er hat in dieser Krise nicht etwa Gas gegeben, er hat massiv versucht, den Haushalt stets auszugleichen. Wir als Ökonomen bezeichnen das als prozyklische Finanzpolitik, denn in einer solchen Situation kommt es ja schon ganz automatisch dazu, dass der Staat Defizite macht, weil die Steuereinnahmen zurückgehen, weil er zusätzlich für die Arbeitslosen Mittel ausgeben muss. Wenn man in einer solchen Situation einen Budgetausgleich erreichen will, dann kann man das nur schaffen, wenn man Beamtengehälter, Löhne und Pensionen kürzt und damit die Krise noch verstärkt. Die große Depression, die von ihrer Dimension auch politisch eine Katastrophe war, ist somit nicht nur auf ein Marktversagen zurückzuführen, sondern auch auf ein ganz erhebliches Politikversagen.

Die gute Nachricht ist, dass die Wirtschaftspolitiker heute diese Lektion der großen Depression gelernt haben. Herr Bernanke, der amerikanische Notenbankpräsident, hat sich, bevor er diese Position, übernommen hat, akademisch intensiv mit der großen Depression auseinandergesetzt. Das erweist sich als großer Glücksfall. Die Notenbanken

„Was wir bisher erlebt haben, ist Gott sei Dank noch weit davon entfernt, auch nur im Ansatz vergleichbar zu sein mit der großen Depression in den Jahren 1929 bis 1933.“

haben heute weltweit sehr gut reagiert, sie haben die Zinsen gesenkt und das Finanzsystem mit Liquidität geflutet. Manche ein bisschen schneller, manche ein bisschen langsamer. Die EZB hätte durchaus etwas früher und stärker auf das Gaspedal treten können. Aber insgesamt haben die Notenbanken auf diese Situation angemessen reagiert und sie haben nicht nur – was wichtig ist – die Zinsen gesenkt, sondern sie haben durch ihr Instrumentarium auch dafür gesorgt, dass die Banken in der Breite mit Liquidität versorgt wurden, dass also das, was durch das Misstrauen zwischen den Banken an Liquiditätsverknappung eingetreten ist, durch zusätzliches Notenbankgeld ausgeglichen wurde.

Diese großzügige, und ich finde auch angemessene Reaktion hat dazu geführt, dass wir zumindest in Deutschland bisher keine Kreditklemme haben. Die Kreditexpansion ist zuletzt positiv, auch im Vorjahresvergleich. Wenn trotzdem immer wieder in den Medien davon gesprochen wird, dass wir eine Kreditklemme haben, ist das darauf zurückzuführen, dass wir, nach Bankengruppen, ganz unterschiedliche Entwicklungen beobachten. Die Großbanken haben ihr Kreditvolumen im Vorjahresvergleich um etwa 10 Prozent zurückgeführt. Alle anderen Bankengruppen haben ihr Kreditgeschäft mehr oder weniger stark ausgeweitet. Das beantwortet auch die Frage, die Herr Oettinger aufgeworfen hat – die Frage nach der Zukunft unseres Drei-Säulen-Systems. Gott sein Dank haben wir nicht nur die Großbanken, sondern dieses

„Zum Glück haben wir nicht nur die Großbanken, sondern das Drei-Säulen-System. Noch nie war es so wertvoll wie heute.“

Drei-Säulen-System. Denn wenn jetzt unser gesamtes Bankensystem allein auf diesem Großbankenast sitzen würde, hätten wir in der Tat ein Problem für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Deswegen ist die Antwort klar: Es ist ein Glück, dass wir dieses Drei-Säulen-System haben. Man kann es auch so formulieren: Noch nie war es so wertvoll wie heute.

Auch die Finanzpolitik hat die Lektion aus der großen Depression gelernt. Wir haben fast überall in der Welt eine sehr expansive Finanzpolitik, die ganz besonders stark ausgeprägt ist in China. Deutschland gehört mittlerweile zu den Ländern, die einen relativ starken Impuls gegeben haben. In diesem Jahr beläuft er sich auf 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Euroraum und Europa insgesamt ist der Impuls schwächer, einfach deswegen, weil es eine ganze Reihe von Trittbrettfahrern

gibt – eine Reihe von Ländern, die wie die Dänen, die Iren, Griechen und die Italiener einfach sagen: „mir gebet nix“, lass die anderen das machen. Man erkennt daran ein großes Defizit in der Europäischen Union. Wir verfügen über keine vernünftige Kooperation in der Wirtschaftspolitik. Doch insgesamt gesehen kann man feststellen, dass die Finanzpolitik angemessen reagiert hat. Ich muss auch ehrlich sagen, ich verstehe die Kritik an der Abwrackprämie nicht so sehr. Wir haben Probleme in der Automobilindustrie und wenn die Leute durch die Abwrackprämie mehr Autos kaufen, ist das doch gar nicht so schlecht.

Wir haben in Deutschland wirklich das Problem, dass alles, was funktioniert, schlecht geredet wird – oder? Ökologisch ist die Abwrackprämie vielleicht nicht besonders gut nachvollziehbar, aber wenn die Leute mehr Autos kaufen, in dem Bereich, wo die Krise am meisten eingeschlagen hat, wenn da eine gewisse Stabilisierung erreicht wird, was will man denn eigentlich mehr?

Zu den Kräften, die dazu beitragen, dass wir nicht ins Bodenlose fallen, gehört auch der Verfall der Ölpreise. Anders als in früheren Rezessionen haben wir jetzt einen extrem starken Ölpreisverfall erlebt. Wenn man die Entlastung, die wir durch niedrigere Energiepreise erfahren, abschätzt, kommt man sicher auf 1 bis 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das heißt, da kommt auch noch einmal ein ganz ordentliches Konjunkturprogramm von Außen.

Wenn man also alles zusammennimmt, die geldpolitische Expansion, die fiskalpolitische Reaktion, den Ölpreisverfall, dann kommt man zu dem Konjunkturbild, wie das auch die meisten internationalen Institutionen haben. Es ist gekennzeichnet durch eine massive Rezession in diesem Jahr, wobei es jetzt müßig ist darüber zu spekulieren, ob es minus 5 oder minus 6 Prozent sein werden. Entscheidend ist die Vorstellung, dass es in diesem Jahr zu einer Bodenbildung und dass es eben anders als in der großen Depression nicht zu einer Fortsetzung der Abwärtsbewegung im nächsten Jahr kommt.

„Wir haben in Deutschland wirklich das Problem, dass alles, was funktioniert, schlecht geredet wird.“

Meiner Meinung nach kann man auch schon die ersten positiven Zeichen sehen. Vielen Konjunkturforschern geht es seit einigen Wochen so ähnlich wie einem Gartenbesitzer, der im Februar durch den Garten geht und mal nach Krokussen und Schneeglöckchen unter

der Schneedecke sucht. Was ich ganz wichtig finde, ist die Tatsache, dass der Ifo-Index, der aus meiner Sicht doch ein relativ zuverlässiger Index ist, jetzt wieder eine Aufwärtsbewegung andeutet. Es gibt sehr viel erratischere Indikatoren, aber immerhin: Man gewinnt zunehmend den Eindruck, dass es zur Bodenbildung kommt. Der negative Auftragseingang, den Herr Oettinger angesprochen hat, ist zum Stillstand gekommen. Wir sind im ersten oder zweiten Untergeschoss angekommen, aber es geht nicht mehr weiter runter.

Doch wie geht es im nächsten Jahr weiter? Ich fürchte, dass wir es in den nächsten zwei, drei Jahren eher mit mageren Jahren zu tun haben werden. Wir müssen uns auf eine stagnierende Entwicklung einstellen mit einer leicht deflationären Tendenz. Wenn Sie die Prognosen des Währungsfonds für die Inflationsentwicklung ansehen, geht er davon aus, dass wir in Deutschland im Jahr 2010 tatsächlich eine negative Inflationsrate haben werden und dass auch bis zum Jahr 2012 die Inflationsraten eher unter dem Wert von 2 Prozent liegen werden, den die EZB als Stabilitätsnorm ansieht.

Wie kann man ein solches Szenario zu erklären versuchen? Aus meiner Sicht besteht das zentrale Problem darin, dass die amerikanischen Privathaushalte, die die Weltwirtschaft in den letzten Jahren sehr stark befeuert haben, einen unglaublichen Vermögensverlust erfahren haben. Er war schon im Jahr 2008 massiv

„Für die Weltwirtschaft stellt sich als zentrales Problem, dass wir nicht mehr so genau wissen, wer die Konjunkturlokomotive sein wird.“

und in diesem Jahr wird es wahrscheinlich zu weiteren Einbußen kommen, vor allem durch den anhaltenden Einbruch der Immobilienpreise. Damit wird für die amerikanischen Haushalte ein Modell in Frage gestellt, mit dem sie in den letzten Jahren eigentlich ganz gut zu Recht gekommen waren, nämlich das Modell, dass man reicher wird, ohne sparen zu müssen. Das war eigentlich eine gutes Modell: Man gibt sein ganzes Geld aus, hat eine Sparquote von Null, wird aber trotzdem reicher, weil eben einfach die Immobilien und die Aktien immer mehr an Wert hinzugewinnen.

Die amerikanischen Haushalte werden jetzt massiv mit dem Problem konfrontiert, dass ihre Vermögensplanung nicht mehr stimmt, dass sie deutlich ärmer sind, als sie sich das vorgestellt haben. Man sieht jetzt schon, dass die

Sparquote in den USA ansteigend ist. Mein Eindruck ist, dass sich daran in den nächsten Jahren nichts ändern wird. Für die Weltwirtschaft stellt sich also als zentrales Problem, dass wir nicht mehr so genau wissen, wer die Konjunkturlokomotive sein wird.

Das führt zu einem breiteren Bild. Man hat es heute Nachmittag schon mehrfach angesprochen, nämlich zu der Frage: Was ist überhaupt das Wachstumsmodell der Weltwirtschaft? Wenn wir uns die Jahre 2000 bis 2008 ansehen, hatten wir ein Modell, das dadurch gekennzeichnet war, dass sich die Weltwirtschaft in zwei Gruppen von Ländern aufgesplittet hat. Zum einen Länder, die unglaublich viel gespart haben. China als Sparweltmeister, Deutschland Vizesparweltmeister. Sie als Sparkassenvertreter werden das bestimmt bestätigen können, gerade hier in Schwaben, wo so viel gespart wird. Zu diesen Sparländern gehört auch Japan, es gehören die Ölländer, es gehört die Schweiz dazu. Insgesamt hat eine Gruppe von nur zehn Ländern im Jahr 2008 einen finanziellen Überschuss von 1.500 Milliarden Dollar gebildet. Auf der anderen Seite war eine Gruppe von ebenfalls zehn Ländern, die haben das Geld mit vollen Händen rausgeschmissen. Allen voran die Amerikaner, aber auch die Spanier, Griechen und die Engländer, das war das Gegenstück. Es ist also nicht so, dass wir in diesem Jahrzehnt kollektiv über unsere Verhältnisse gelebt haben. Nein, das Problem ist, die eine Hälfte hat viel zu wenig ausgegeben, hat unglaublich viel gespart und die andere Hälfte hat alles auf den Kopf gehauen. Das war das Modell. Und das klappte – als Ökonom sprechen wir von den sogenannten internationalen Ungleichgewichten, weil das, was die einen in der Welt zu wenig ausgegeben haben, die anderen zu viel ausgegeben haben. Zu diesem Modell der internationalen Ungleichgewichte gehört auch die Finanzkrise. Denn die großen Überschüsse sind in Überschussländern entstanden, und Ersparnisse von den privaten Haushalten mussten durch das Bankensystem so strukturiert und konfektioniert werden, dass sie in handliche Kredite an amerikanische Immobilienkäufer umproportioniert wurden. Das heißt, die Finanzkrise passt dazu. Wenn die Banken alle so sorgfältig und korrekt gewesen wären wie schwäbische

„Das Problem ist, die eine Hälfte der Welt hat viel zu wenig ausgegeben, und die andere Hälfte hat alles auf den Kopf gehauen.“

Sparkassen, dann wäre diese Verschuldung in den USA gar nicht entstanden. Es hätte dann aber auch an Nachfrage gefehlt in der Weltwirtschaft, und wir hätten die gesamte weltwirtschaftliche Dynamik gar nicht gehabt.

Heute sind wir mit dem Problem konfrontiert, dass wir nach der Finanzkrise weiterhin die Länder haben, die ganz viel sparen wollen, aber die Länder, die viel ausgeben wollen, sind nicht mehr da, weil sie das nicht mehr können. Das ist das Problem, auf das wir uns einstellen müssen. Und aus dieser Konstellation heraus müssen wir uns leider in Deutschland darauf einstellen, dass wir nicht darauf setzen können, dass der Export direkt wieder anspringt, dass die verschwenderischen Ausländer uns wieder die Produkte aus den Händen reißen. Das muss man einfach realistischerweise so sehen. Das Problem der Ungleichgewichte stellt sich auch innerhalb Europas.

Für Deutschland müssen wir uns also fragen, wo soll für uns die Dynamik herkommen? Wenn Sie die deutsche Entwicklung in diesem Jahrzehnt ansehen, erkennen Sie, dass wir in Deutschland unsere Binnennachfrage seit dem Jahr 2000 nicht mehr ausgedehnt haben. Wir konsumieren heute genauso viel wie im Jahr 2000 und die gesamte Dynamik ist vom Export gekommen. Bei einer stagnierenden Binnennachfrage haben wir einen Anstieg der Exporte um bis zu 70 Prozent erfahren. Wir müssen uns heute fragen, sollen wir einfach abwarten und hoffen, dass der Export wieder in Gang kommt, oder versuchen, die Binnennachfrage zu beleben. Das ist keine einfache Frage. Ich habe auch keine eindeutige Antwort darauf. Aber ich glaube, das ist das Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.

Und wenn man heute skeptisch ist für die weltwirtschaftliche Dynamik, sollte man sich darauf einstellen, dass es zu Lohnkürzungen in der Breite kommen

„Wenn die Banken alle so sorgfältig und korrekt wie schwäbische Sparkassen gewesen wären, dann wäre diese Verschuldung in den USA gar nicht entstanden. Es hätte dann aber in der Weltwirtschaft auch an Nachfrage gefehlt und wir hätten die gesamte Dynamik gar nicht gehabt.“

wird. Es ist aus der Sicht des einzelnen Unternehmens heute vollkommen vernünftig, die Löhne zu reduzieren. Doch wenn dies in der Breite geschieht, entsteht so eine deflationäre Tendenz. Die Bundesbank hat Unternehmen befragt, ob sie in den Jahren 2003 bis 2007 die Löhne gekürzt haben. Dies war immerhin bei 15 Prozent der Befragten der Fall, obwohl die Jahre 2003 bis 2007 keine so schlechte Phase war.

Ein Beispiel für eine deflationäre Entwicklung ist Japan. Die japanische Wirtschaft hatte erhebliche Probleme in den 90er-Jahren. Die Japaner haben darauf reagiert, indem sie die Löhne reduziert haben. Die Inflationsrate hat nachgezogen. Sie geriet auch in den Negativbereich und bisher ist das Land nicht recht aus der Deflation herausgekommen. Deflation ist eine schwere chronische Erkrankung eines Wirtschaftssystems, die schwer zu heilen ist, einfach deswegen, weil die Notenbanken die Zinsen nicht unter Null Prozent senken können. Von daher glaube ich, sollte man das ganze Augenmerk darauf richten, dass man möglichst nicht in eine solche Konstellation kommt. Es ist klar, wenn ich Ihnen die Situation in dieser Weise präsentiere, dass ich ziemlich sicher davon ausgehe, dass es keinen Grund für Inflationsängste in Deutschland gibt.

Ich erwarte also nicht, dass es zu Inflation kommen wird, sondern eher zu Deflation. Und man kann das auch einfach erklären: Für die Inflation braucht man eine kräftige, starke Güternachfrage, man braucht voll ausgelastete Kapazitäten, man braucht Arbeitsmärkte mit Vollbeschäftigung. Inflation muss über den Marktprozess kommen. Sie breitet sich nicht einfach wie eine Grippe aus. Man wacht nicht auf und stellt plötzlich eine Inflation fest. Inflation braucht eine sehr kräftige Nachfrage an den Gütermärkten, an den Arbeitsmärkten und ich muss sagen, leider ist das, glaube ich, derzeit nicht zu erkennen für die deutsche Wirtschaft.

„Ich erwarte also nicht, dass es zu Inflation kommen wird, sondern eher zu Deflation.“

Wenn man von Inflation spricht, will ich nicht ausschließen, dass es in den Vereinigten Staaten zu einer solchen Entwicklung kommen kann. Auch in den USA gilt, dass die Inflation nur durch Arbeitsmärkte und Gütermärkte kommt und wir haben selbst in den guten Jahren 2006, 2007 mit einer sehr niedrigen Arbeitslosenrate kaum eine nennenswerte Inflation in den USA beobachtet. Aber man kann es nicht ausschließen, dass

politisch zumindest der Versuch unternommen wird, einfach deswegen, weil die amerikanische Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland eine Nettoschuldnerposition hat, also gegenüber dem Rest der Welt verschuldet ist. Eine Inflation des Dollar würde dem Land insgesamt helfen. Sie entlastet Haushalte, Unternehmen und den Staat von Schulden, wobei die Kosten des Ganzen vor allem von ausländischen Notenbanken getragen werden müssten, die in diesem Jahrzehnt unglaubliche Dollarbestände akkumuliert haben. Und die Amerikaner haben ja schon in der Vergangenheit immer gerne das Zitat bemüht: „It's our currency but your problem."

Und Herr Hengsbach hat angesprochen, die Chinesen, die eine andere Weltwährungsordnung wollen. China verfügt heute über Dollar-Aktiva in Höhe von rund 1.500 Milliarden Dollar, vor allem in der Form von Staatsanleihen sowie von Anleihen der Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac. Die chinesischen Politiker haben natürlich jetzt das Gefühl, dass ihnen dieses Vermögen wegschmilzt wie die Gletscher in den Alpen. Und man könnte den Chinesen sagen, ihr könnt ganz einfach den Dollar als Leitwährung ablösen: Ihr müsst nur nicht mehr an den Devisenmärkten intervenieren. Die Währungsreserven kommen ja nur daher, weil die Chinesen in riesigen Beträgen am Devisenmarkt interveniert haben, um eine Aufwertung ihrer Währung aus Wettbewerbsaspekten zu verhindern. Niemand hat die Chinesen gezwungen, das zu machen, sie können das jederzeit einstellen. Was die Chinesen derzeit anstreben, ist ein Transfer eines Teils ihrer Dollarreserven an den Internationalen Währungsfonds, um dafür Reserven zu bekommen, die auf Sonderziehungsrechte lauten, also einen Währungskorb, der sich aus Euro, Pfund, Yen und zu 42 Prozent aus Dollar zusammensetzt. Damit könnte China das Wechselkursrisiko ihrer Reserven zumindest teilweise auf die internationale Gemeinschaft abwälzen. Das plötzliche Interesse der Chinesen an einer neuen Leitwährung ist also nicht darauf zurückzuführen, dass die Chinesen jetzt das Wohl der Weltwirtschaft im Blick haben, sie haben wirklich Angst um ihre

„Insgesamt ist die steigende Staatsverschuldung zweifellos ein großes Problem, aber sie kann von unserem Staat verkraftet werden."

Währungsreserven. Es gibt den schönen amerikanischen Spruch: „Never trust a higher motive if a lower is nearby“, und ich würde sagen, das passt hier ganz gut.

Für die USA lässt sich also ein Inflationsrisiko nicht ganz ausschließen. Eine beunruhigende Entwicklung ist der Ankauf von Staatsanleihen durch die amerikanische Notenbank. Die amerikanische Regierung muss etwa 1.800 Milliarden an Anleihen jährlich am Markt zusätzlich absetzen. Doch wer soll diese erwerben? Die amerikanischen Haushalte sparen vielleicht so 500, 600 Milliarden im Jahr. Dann bleiben noch 1.200 Milliarden übrig, die man im Ausland unterbringen muss. Und ich weiß nicht, wozu Sie Ihren Kunden raten, aber amerikanische Staatsanleihen sind wahrscheinlich nicht die bevorzugte Anlage. Und da das andere ähnlich sehen, ist klar, dass die Notenbank einen hohen Betrag an Anleihen übernehmen muss und dadurch die Geldmenge aufbläht.

Bei den massiven finanziellen Verpflichtungen, die die Bundesregierung übernommen hat, ist es nicht überraschend, wenn zu den Angstszenarien auch die Frage gehört: Gelangen wir an die Grenzen der Staatsverschuldung? Ich habe dazu Szenarien zusammengestellt von Ländern, die hohe Staatsschulden eingegangen sind, ohne dass das zu einer Währungsreform geführt hat. Die relevante Größe, die wir als Ökonomen dafür betrachten, ist die Schuldenstandsquote, also die Staatsverschuldung bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt. Die Engländer haben es nach dem zweiten Weltkrieg auf fast 240 Prozent Schuldenstandsquote gebracht, die Amerikaner nach dem zweiten Weltkrieg auf rund 120 Prozent und Japan hat es in diesem Jahrzehnt ganz ohne Krieg auf 170 Prozent Schuldenstandsquote gebracht. Das sind also Werte, die immerhin noch verkraftet wurden. Was bedeutet die Krise jetzt für Deutschland? Wir hatten im Jahr 2008 noch eine Schuldenstandsquote von 65 Prozent. Prognosen der Europäischen Union gehen davon aus, dass die Schuldenstandsquote im Jahr 2010 auf 80 Prozent ansteigen wird. Das ist sehr viel, aber gemessen an diesen Krisenwerten doch noch relativ in einem vertretbaren Bereich.

> „Es gibt den schönen amerikanischen Spruch: ‚Never trust a higher motive if a lower is nearby‘.“

Zugleich wird die Frage gestellt, wie kriegen wir die Schulden wieder los, müssen

wir die zurückbezahlen? Als Volkswirt würde man sagen, es reicht, wenn man keine neuen Schulden mehr aufnimmt, also den Schuldenstand absolut konstant hält. Die Schuldenstandsquote kann schon dadurch reduziert werden, dass das Bruttoinlandsprodukt wächst. Wenn wir einmal unterstellen, dass wir 3 Prozent nominelles Wachstum haben – was nicht so optimistisch ist für die nächsten 20, 30, 40 Jahre – dann sieht man, dass man auch relativ gut aus dieser Schuldenstandsquote wieder herauswachsen kann. Sie würde bereits im Jahr 2021 wieder unter der 60 Prozent-Grenze des Vertrags von Maastricht liegen.

Wie wirkt sich das auf die Zinszahlungen des Staates aus? Geht man von einem Zinssatz von 4 Prozent aus und einem Anstieg der Schuldenstandsquote von 65 auf 80 Prozent, dann steigt der Zinsendienst von 2,6 Prozent bezogen aufs Bruttoinlandsprodukt auf 3,2 Prozent. Der Staat muss also jedes Jahr 15 Milliarden mehr für Zinsen aufbringen als vor der Krise. Und wenn ich jetzt davon ausgehe, dass man einen ausgeglichenen Haushalt anstrebt, bedeutet das, dass entweder die Staatseinnahmen um 15 Milliarden erhöht werden müssen, oder Ausgaben entsprechend gekürzt werden müssen. Deswegen finde ich das nicht so solide gedacht, nicht im Geiste unserer schwäbischen Hausfrauen, auch nicht im Sinne einer schwäbischen Unternehmerin, wenn man jetzt sagt, in dieser Situation muss man Steuern senken. Das halte ich einfach für populistisch.

„Wir können also froh darüber sein, mit der EZB eine Notenbank zu haben, die eben sehr stark und robust ist, was politischen Einfluss angeht und auch bei steigender Staatsverschuldung nicht vom Pfad der Tugend abweichen wird.“

Insgesamt ist die steigende Staatsverschuldung zweifellos ein großes Problem, aber auch ein Problem, das von unserem Staat verkraftet werden kann. Und das ist im Grunde auch eine gute Nachricht. Es wäre ja entsetzlich, wenn wir das Gefühl haben müssten, wenn der Staat noch 30 Milliarden mehr für irgendeine Bank aufbringen muss, dann bricht unser Staat zusammen. Wir haben einen Staat, der breite Schultern hat. Und wenn manche Leute befürchten, unser Staat bekomme Finanzierungsprobleme, dann muss man ihnen sagen,

wenn ich als Anleger dem deutschen Staat nicht mehr traue, wem will ich dann mein Geld geben?

Ich will noch ganz kurz die Negativszenarien Hyperinflation und Währungsreform ansprechen. Es wird häufig gesagt, die Staatsverschuldung führe dazu, dass es zu Inflation kommt. Wenn Sie Japan anschauen, dann stellen Sie fest: Japan hat trotz eines enorm steigenden Schuldenstandes eine Deflation gehabt. Das kann man nochmals dadurch erklären, dass man auf das Grundbild zurückkommt, Deflation als System im Unterdruck und Inflation als System im Überdruck. Japan ist ein System, dem es trotz starker finanzpolitischer Intervention nicht gelungen ist, vom Unterdruck in den Überdruck zu gelangen. Es ist also keinesfalls zwingend, dass eine steigende Staatsverschuldung zu Inflation führt.

Man hört dann auch, dass wir Inflation bekommen, weil die Notenbanken die Liquidität zu stark ausweiten. Wenn ich jetzt die Europäische Zentralbank nehme, dann stellt man tatsächlich fest, dass die Notenbankkredite und die Geldbasis massiv ausgeweitet wurden. Allerdings ist die Geldmenge M3, also das, was Ihre Kunden bei Ihnen als Spareinlagen, Sichteinlagen, Termineinlagen halten plus das Bargeld, vergleichsweise moderat gewachsen. Bei dieser Geldmenge, die ja dann auch im Zusammenhang mit Ausgaben steht, ist also keine problematische Entwicklung zu erkennen. Die stark gestiegene Liquiditätsversorgung der Notenbank für die Banken reflektiert in erster Linie Defekte im Bankensystem, also das mangelnde Vertrauen, das Nichtfließen von Mitteln innerhalb des Bankensektors. Man hat es sozusagen mit Bluttransfusionen der Notenbank in das Bankensystem zu tun, wobei diese jederzeit kurzfristig zurückgeführt werden. Die Europäische Zentralbank kann das, was die Banken heute an zusätzlicher Liquidität haben, in einer Woche abbauen, da ein größerer Teil der Liquiditätsversorgung über wöchentliche Hauptrefinanzierungsgeschäfte zur Verfügung gestellt wird. Ich muss nur ein Hauptrefinanzierungsgeschäft ausfallen lassen und habe sofort die Liquidität wieder im Griff.

Deshalb ist es erstaunlich, dass wir einen Finanzminister haben, der darüber philosophiert, wie die Liquidität wieder zurückgeführt werden kann oder auch über Inflation nachdenkt. Wenn Sie jährlich rund 300 Milliarden Staatspapiere am Markt als Finanzminister unterbringen

„Wir haben eine schwierige Situation, kein Zweifel, aber die Welt wird nicht auseinanderfallen.“

müssen, ist es dann clever zu sagen, ich habe das Gefühl, es kommt die Inflation. Ich glaube, das sollte man bei der Gelegenheit auch nochmals betonen.

Wir haben im Euroraum zudem den Vorteil, dass wir mit der EZB über eine politisch unabhängige Notenbank verfügen, die eben nicht von den nationalen Regierungen beeinflusst werden kann. Wir haben für die EZB eine in Beton gegossene Notenbankverfassung, die sich jetzt bei diesem Sturm auch gegen die Politik behaupten wird, auch wenn manchmal die Notenbanker betonköpfig sind. Aber im Zweifel gilt: in schlechten Zeiten lieber ein bisschen zuviel Beton als zu wenig. Wir können also froh darüber sein, mit der EZB eine Notenbank zu haben, die eben sehr stark und robust ist, was politischen Einfluss angeht und auch bei steigender Staatsverschuldung nicht vom Pfad der Tugend abweichen wird.

Letzter Punkt: die Angst vor einer Währungsreform. Die Geschichte zeigt, dass es dazu nicht über Nacht kommt. Dies war bei der Hyperinflation der Jahre 1922/23 nicht anders als bei der Entwertung der Reichsmark im Zweiten Weltkrieg. Die Reichsbank hat diese Gefahren übrigens schon sehr früh erkannt und im Jahr 1938 an Hitler einen Brief geschrieben, in dem sie darauf hinwies, dass seine Politik die Geldwertstabilität gefährde. Daraufhin hat er das gesamte Direktorium entlassen.

Währungsreform und Hyperinflation sind Fehlentwicklungen, die sich über viele Jahre aufstauen und sich frühzeitig an der Geldmengenentwicklung bemerkbar machen. Doch davon sind wir heute meilenweit entfernt.

Damit bin ich eigentlich am Ende mit meiner Tour d'Horizon. Wichtig ist vor allem: Angst und Panik sind schlechte Ratgeber. Lassen Sie sich bei der Vermögensplanung, bei wirtschaftlichen Entscheidungen nicht ins Boxhorn jagen. Das ist die sicherste Art, wie man wirklich Geld verlieren kann. Lassen Sie sich nicht von all den Untergangspropheten verwirren, die im Augenblick durch die Lande ziehen. Es ist ja leider so, dass man in Deutschland umso mehr Aufmerksamkeit bekommt, je mehr Untergang man prognostiziert. Versuchen Sie, einen kühlen Kopf und gute Nerven zu bewahren. Wir haben eine schwierige Situation, kein Zweifel, aber eben nicht so, dass wir jetzt eine Konstellation haben, bei der die Welt auseinanderfällt.

„Es reicht nicht aus, einfach zu sitzen und zu warten, bis der Rest der Welt wieder unsere Produkte abnimmt."

Wir können vor allem eine große Depression ausschließen, dass es also zu einem Verfall der wirtschaftlichen Aktivität über das Jahr 2009 hinaus kommt. Auch die Wahrscheinlichkeit für Inflation im Euroraum sehe ich als gering an. Die Staatsverschuldung ist ein Problem, sie ist aber nun mal unvermeidlich, doch es ist nicht so, dass wir jetzt irgendeinen Grund haben, an der Stabilität, an der Solvenz der Bundesrepublik Deutschland zu zweifeln. Wir haben für Deutschland sicherlich keine fulminante Perspektive, wir müssen uns auf magere Jahre einstellen und wir müssen auch damit rechnen, dass wir eher so eine leicht deflationäre Tendenz haben.

Das führt eben nochmals auf den Punkt, dass wir uns stärker als bisher Gedanken machen müssen, ob wir nicht ein neues Wachstumsmodell benötigen, ob es also ausreicht, einfach zu sitzen und zu warten bis der Rest der Welt uns wieder unsere Produkte abnimmt. So wie wir jetzt ein negatives Wunder erlebt haben, gibt es ja auch positive Wunder. Gleichwohl wäre es sinnvoll, dass wir uns als Volkswirtschaft überlegen, ob wir nicht auch aus eigener Kraft Dynamik entfalten können? Wäre es nicht sinnvoll, für die nächsten fünf Jahre ein Zukunftsprogramm für Deutschland in die Wege zu leiten, bei dem man die Dinge versucht, voranzubringen, die von Herrn Töpfer genannt worden sind, von Herrn Hengsbach, auch von Herrn Ministerpräsident Oettinger, also Projekte im Bereich Forschung, Entwicklung, Bildung, Umwelt, Infrastruktur. Wäre das nicht auch eine gute Idee, zu sagen, wir investieren in unserem eigenen Land, versuchen auf die Art und Weise zwei Krisen mit einer Maßnahme in den Griff zu kriegen. Hierüber sollten wir mehr als bisher nachdenken. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

„Wichtig ist vor allem: Angst und Panik sind schlechte Ratgeber. Lassen Sie sich bei der Vermögensplanung, bei wirtschaftlichen Entscheidungen nicht ins Boxhorn jagen.“

Schlusswort

Meine Damen und Herren,

das Thema Nachhaltigkeit wurde heute von ganz verschiedenen Seiten beleuchtet. So differenziert die Beiträge auch waren, eine Grundbotschaft hatten sie alle gemeinsam. Der Mensch steht im Mittelpunkt all unserer Bemühungen. Das bedingt zum einen, den Menschen Ziele und Wertvorstellungen jenseits von Sicherheit, Konsum, Egoismus, Gewinnmaximierung, Gier anzubieten. Es bedingt zum anderen, von allen verantwortlich Handelnden in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, im Fokus ihres Handelns den Menschen zu sehen, sein Wohl und damit unser aller Wohl als Richtschnur und Handlungsmaxime zu nehmen. Insofern, und auch das ist in allen Vorträgen heute deutlich geworden. Wir müssen die aktuelle Krise – wir haben es wiederholt gehört – auch als Chance verstehen. Zur Rückbesinnung auf das, was den Kern unseres Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatssystems ausmacht, was es stark, erfolgreich und stabil gemacht hat. Zur Analyse dessen, wo falschen Entwicklungen entgegengesteuert wird und Neuorientierung und Feinjustierung erforderlich sind. Hierbei geht es um nicht weniger als um die Antworten auf die entscheidenden Zukunftsfragen und Herausforderungen für unsere Gesellschaft, die wir bewältigen müssen und ich bin dessen überzeugt, auch bewältigen werden können.

Einen Respekt unserem Herrn Ministerpräsidenten und unseren herzlichen Dank für seine Initiative, den Nachhaltigkeitsgedanken – also die Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Interessen – Schritt für Schritt als Leitbild der Landespolitik zu verankern. Wohl wissend, dass Nachhaltigkeit in der Umsetzung anspruchsvoll und nicht immer bequem ist, wenn Entscheidungen getroffen werden, deren positive

Oberbürgermeister Bernd Doll

1946	geboren in Karlsruhe
1979 – 1985	Erster Beigeordneter der Stadt Bruchsal
1986 – 2009	Oberbürgermeister der Stadt Bruchsal Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse Bruchsal, heute Sparkasse Kraichgau
1998 – 2009	Mitglied im Vorstand des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes und ab 2001 im Sparkassenverband Baden-Württemberg
2000 – 2006	Präsident des Städtetags Baden-Württemberg
2004 – 2009	ehrenamtlicher Vorsitzender der Verbandsversammlung des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg

Wirkungen sich erst zu einem längerfristigen Zeitpunkt zeigen. Baden-Württemberg steht – wie der Ministerpräsident heute gesagt hat – vor großen Herausforderungen, Strukturen zu verändern und die Komplexität der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragestellungen verlangt, die unterschiedlichen Interessen einvernehmlich und zukunftsorientiert zu lösen. Mit der Nachhaltigkeitsstrategie – kein Zweifel, und das wird anerkannt – ist Baden-Württemberg neue Wege gegangen und hat erneut eine Vorreiterrolle in Deutschland übernommen. Dem Ministerpräsident gilt unser herzlicher Dank auch für die anerkennenden Worte für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und für unsere Sparkassen-Finanzgruppe Baden-Württemberg. Als eine verlässliche Säule des bewährten dreigliedrigen deutschen Bankensystems werden die Sparkassen und ihre Verbundunternehmen auch künftig ihren öffentlichen Auftrag erfüllen. Als vertrauensvoller Partner ihrer Kunden aus allen Bevölkerungsschichten und insbesondere der mittelständischen Wirtschaft unseres Landes werden sie ihren Beitrag dazu leisten, dass sich Baden-Württemberg weiterhin nachhaltig und sozial gestalten lässt.

Der Ministerpräsident hat ja mit einem echten Freud'schen Versprecher einmal von der Nachdenklichkeit anstatt von der Nachhaltigkeit gesprochen. Vielleicht ist Ihnen das aufgefallen. Meine Damen und Herren, das soll ja auch nicht schlecht sein in der Politik. Und lassen Sie mich als langjähriger, kommunaler Überzeugungstäter, der immer noch meint, die Sparkassen gehören den Kommunen, lassen Sie mich im Zusammenhang mit Strukturüberlegungen zum öffentlichen Bankensystem gleichsam als Botschaft meiner tiefsten Überzeugung an die Politik, nicht so sehr in Baden-Württemberg, aber auch an Baden-Württemberg sagen: Hände weg von den Sparkassen – gegen jeglichen Vertikalisierungsgedanken! Ohne Sparkassen gibt es keinen leistungsfähigen und nachhaltigen Mittelstand. Ohne Sparkassen in der Fläche gibt es keine leistungsfähigen Regionen, Städte und Gemeinden. So schaffen wir Zukunft mit den Sparkassen – Gut für Baden-Württemberg.

„Als eine verlässliche Säule des bewährten dreigliedrigen deutschen Bankensystems werden die Sparkassen und ihre Verbundunternehmen auch künftig ihren öffentlichen Auftrag erfüllen."

Herzlichen Dank, Ihnen, Herr Professor Dr. Töpfer. Sie gehören zu den wichtigsten und glaubwürdigsten Persönlichkeiten in der deutschen Politik, die sich für das globale Leitbild der nachhaltigen Entwicklung stark machen. Gleichermaßen anerkannt von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen sind Sie Ökonom und Umweltschützer zugleich, wie wir heute auch wieder gehört haben. In großartiger Weise haben Sie uns Ihr großes Ziel nahegebracht und dafür begeistert, die eigentliche Generationenfrage anzugehen, die Kurzfristigkeit durch die Langfristigkeit, eben durch die Nachhaltigkeit zu ersetzen, die soziale Marktwirtschaft in Deutschland und in Europa zu einer ökologischen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Ihr Politikverständnis, auch das ist klar heute zum Ausdruck gekommen, steht in Verbindung mit dem christlichen Menschenbild. Es bezieht sich auf die biblische Schöpfungsgeschichte, die uns Menschen die Aufgabe gibt, dass wir unsere Mutter Erde bebauen, dass wir sie aber auch hegen und bewahren sollen und ein Stück weit besser verlassen, als wir sie angetroffen haben. Nehmen Sie, Herr Professor Töpfer, dafür unsere Wertschätzung, unseren Respekt und unseren Dank entgegen.

Ihnen, verehrter Herr Professor Hengsbach, gilt unser ebenso hoher Respekt, als einem der führenden Vertreter der katholischen Soziallehre, wie auch unser herzlicher Dank für Ihre kritisch überzeugende Mahnung, dass die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise nicht dazu führen darf, dass mit Hilfe öffentlicher Gelder in Milliardenhöhe Fehler des Systems übertüncht werden, sondern auch ein gesellschaftlicher Lernprozess ausgelöst, ein demokratischer Neustart erzeugt werden muss, Demokratie und Kapitalismus vereinbar zu machen, den Mensch wieder in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Fortschritts zu stellen und damit die soziale Komponente, das ist Ihr Ziel.

„Ohne Sparkassen gibt es keinen leistungsfähigen Mittelstand. Ohne Sparkassen in der Fläche gibt es keine leistungsfähigen Regionen, Städte und Gemeinden.“

Meine Damen und Herren, dass ein ehrgeiziger ökologischer Umbau stattfinden muss und dass die Arbeit schlussendlich – auch das ist herausgekommen – an den Menschen erfolgen muss, wenn sich eine nicht immer inhumanere Gesellschaft bilden soll. Als streitbarer Theologe und

Ökonom, Kirchenmann und Wirtschaftskenner sind Sie in vielem ein Querdenker, durch Ihre Kritik und Ihre oft radikalen Forderungen bekannt. Das Vertreten deutlicher religiös-politischer Positionen ist Ihnen, aufgewachsen in einem Dortmunder Arbeiterviertel, gewissermaßen in die Wiege gelegt. Und wovon wir uns überzeugen konnten: Sie werden nicht müde, wenn es gilt, auch gegen den Strom der Politik zu schwimmen und Solidarität und soziales Verhalten als christliche Werte und gleichzeitig gesellschaftliche Notwendigkeit einzufordern. Haben Sie vielen herzlichen Dank, dass Sie heute zu uns gesprochen haben.

Ein Querdenker und unbequemer Ökonom zu sein, der auch einmal – wie auch heute – nicht nur der Bundeskanzlerin, sondern auch dem Bundesfinanzminister widerspricht, einer der in keine Schublade passt, wird auch Ihnen, verehrter Herr Professor Dr. Bofinger, immer wieder attestiert. Mögen die Auffassungen auch darüber unterschiedlich sein – heute könnten wir sehr lange über Ihren Vortrag diskutieren. Sie zählen aber unbestritten zu Deutschlands wichtigsten Vordenkern. Herzlichen Dank für Ihren beeindruckenden Exkurs über Lehren aus der Finanz- und Wirtschaftskrise, auch die deutsche Zögerlichkeit, die Angst und Panikvorstellungen, die Sie erläutert haben, aber auch Lösungen für die Rückkehr auf den Wachstumspfad. Und vielen Dank auch – das hat uns gut getan – für Ihr klares Bekenntnis zum Drei-Säulen-Bankensystem.
Was Sie insbesondere heute zum Ausdruck gebracht haben, das ist das, was ich sehr oft in dieser ganzen Situation vermisse: Den Optimismus. Und den haben Sie, liebe Frau Vizepremier

„Wir alle können wichtige Denkanstöße für unsere berufliche, unternehmerische aber auch politische Arbeit mitnehmen.“

Dr. Meglena Plugtschieva, begeisternd unter Beweis gestellt. Wir danken Ihnen für Ihr Hiersein. Es war uns eine Freude, Sie hier begrüßen zu dürfen und wir danken Ihnen für Ihr Grußwort, das Sie heute an uns gerichtet haben. Wie schon früher als Botschafterin Ihres Landes in Deutschland verkörpern Sie in gerade idealer Weise die Verbindung von fachlicher Kompetenz mit persönlichem Charme, dem man sich nun einmal nicht entziehen kann.
Ihnen, lieber Herr Präsident Peter Schneider und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, danke ich für die hervorragende Organisation dieses Sparkassentages. Wir haben eine sehr gute

Akzeptanz und ich bin sicher, auch eine hervorragende Wirkung nach Außen. Es ist Ihnen gelungen, herausragende Referenten für diesen Tag zu gewinnen. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir haben heute alle gewonnen.

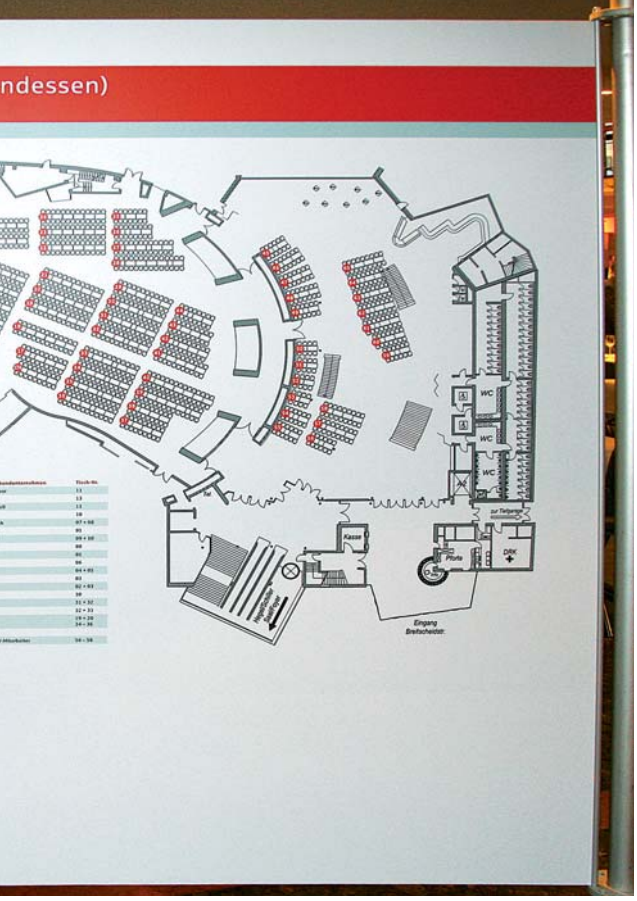
Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt mein Dank für Ihre Teilnahme an dieser großen Veranstaltung. Ich denke, wir alle können wichtige Denkanstöße für unsere berufliche, unternehmerische aber auch politische Arbeit mitnehmen. Sie sind anschließend sehr herzlich zum gemeinsamen Abendessen eingeladen: Gelegenheit, sich körperlich zu stärken und in angeregter Atmosphäre über das heute Gehörte und zu anderen Themen auszutauschen.

Ich möchte aber nicht versäumen, Sie bereits heute zum Deutschen Sparkassentag 2010, also im nächsten Jahr, nach Stuttgart einzuladen. Sie sind auch dort herzlich willkommen. Der offizielle Teil des Sparkassentags Baden-Württemberg 2009 ist hiermit geschlossen.

Finanzgruppe
Tischplan Beethoven-Saal (Abe
Baden-Württembergischer Sparkassentag, 06. Mai 2009, Stuttgart

BOTTWARTAL-KELLEREI
BOTTWARTAL
KELLEREI

Sparkass
Gut für
Württ
g.


ndessen)
WC
WC
WC
Kasse
Eingang
Breitscheidstr.

Impressum

Herausgeber:
Sparkassenverband
Baden-Württemberg
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart

Redaktion:
Stephan Schorn (V. i. S. d. P.)
Telefon 0711/127-77390
Telefax 0711/127-77943
stephan.schorn@sv-bw.de
www.sv-bw.de

Alle Fotos:
Wolfgang List, Perfectfotos

Gestaltung und Produktion:
Systemedia GmbH
75181 Pforzheim

© Oktober 2009

Sparkassen-Finanzgruppe Baden-Württemberg

Sparkassenverband Baden-Württemberg

Sitz: Stuttgart
Mitarbeiter: 340

Sparkasse

54 Sparkassen in Baden-Württemberg

Geschäftsstellen: 2.475
Mitarbeiter: 35.900
Bilanzsumme: 172 Mrd. EUR

Kundeneinlagen: 104 Mrd. EUR
Kundenkredite: 95 Mrd. EUR

LBBW
Landesbank Baden-Württemberg
BW Bank | Sachsen Bank | Rheinland-Pfalz Bank

Landesbank Baden-Württemberg
Stuttgart / Karlsruhe / Mannheim / Mainz

Konzernbilanzsumme: 448 Mrd. EUR
Mitarbeiter: 13.370
Beteiligungen, Tochterunternehmen für Spezialprodukte und Niederlassungen im In- und Ausland z.B. London, New York, Singapur

40,534% [1]

LBS
Bausparkasse der Sparkassen

Landesbausparkasse Baden-Württemberg
Stuttgart / Karlsruhe

Bilanzsumme: 9,3 Mrd. EUR
Mitarbeiter: Innendienst 1.050 / Handelsvertreter 470

93,33% [2]

LBS

Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz
Mainz

20% [2a]

SV Sparkassen Versicherung

SV SparkassenVersicherung
Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz

SV Holding AG Stuttgart (Konzern)
Konzern: Bruttobeiträge: 2,84 Mrd. EUR
Mitarbeiter: Innendienst 2.820, Außendienst 1.910

61,33% [3]

Deutsche Leasing

Deutsche Leasing
Bad Homburg

Bilanzsumme: 13,8 Mrd. EUR
Mitarbeiter: 1.910

18,7% [4]

DekaBank

DekaBank Deutsche Girozentrale
Frankfurt a.M.

Bilanzsumme: 138 Mrd. EUR
Fondsvolumen: 165 Mrd. EUR, Mitarb.: 3.920

7,7% [5]

---

finanz informatik

Finanz Informatik GmbH & Co. KG
Frankfurt a.M.
Mitarbeiter: 5.200

16,5% [6]

DSV Gruppe

Deutscher Sparkassenverlag, Stuttgart
Gruppenumsatz unkonsolidiert : 778 Mio. EUR
Mitarbeiter: 1.700

10,8% [7]

S04_0006

1) Träger der LBBW sind außerdem das Land Baden-Württemberg (35,611%), die Stadt Stuttgart (18,932%) und die L-Bank (4,923%).
2) Weiterer Träger der LBS ist die LBBW mit 6,67%. 2a) Weiterer Träger ist der Sparkassenverband Rheinland-Pfalz mit 80%.
3) An der SV Holding sind die Sparkassen und der SVBW über eine Beteiligungsgesellschaft mit 61,33 % beteiligt und die LBBW mit 3,1 %.
Weitere Träger sind die Sparkassen-Finanzgruppen Hessen-Thüringen mit 32,01 % und Rheinland-Pfalz mit 3,56 %.
4) Weitere Beteiligte sind die Verbandsgebiete Hessen-Thüringen, Rheinland, Rheinland-Pfalz und Westfalen-Lippe.
5) Weitere Träger sind die anderen regionalen Sparkassenverbände und zu 50% die Landesbanken.
6) Weitere Gesellschafter sind die anderen regionalen Sparkassenverbände.
7) Weitere Gesellschafter sind die anderen regionalen Sparkassenverbände und Landesbanken.

© SVBW Stand: 1. Juli 2009

Sparkassen-Finanzgruppe
Sparkassen
Landesbank Baden-Württemberg
LBS Baden-Württemberg
SV SparkassenVersicherung
DekaBank
Deutsche Leasing-Gruppe